

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur, Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 46, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Gravenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle: Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für sechs Monate 2,00 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Druckersitz: **Dresden 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: **Reibstock Ring 1206, Reibstock Ring 2161.**
Postfach-Nr.: **Postfach-Nr. Dresden Nr. 5652.**

Anzeigenpreis: Je Zeile für 10 tägliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., auswärts 75 Pf. Anzeigen über 10 Zeilen 10 Pf. pro Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. pro Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis nachmittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Mehrheit für Briand.

Gegen Angriffe der Nationalisten auf den Innenminister.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Das neunnte Ministerium Briand hat sich am Donnerstag nachmittag dem Parlament vorgestellt. Die Situation, unter der das neue Kabinett die Führung der Geschäfte beginnt, ist besonders kompliziert und schwierig. Die Lage der französischen Staatsfinanzen wird immer kritischer und droht das gesamte Staats- und Wirtschaftsgebäude zu erschüttern. Die extremen Strömungen gewinnen an Macht. Auf außenpolitischem Gebiete hat der erfolglose Ausgang der Genfer Tagung der Friedenspolitik Briands einen schweren Schlag versetzt, und seine nationalpolitischen Gegner reden von neuem das Haupt.

Zu diesen schwierigen Problemen nimmt die am Donnerstag in der Kammer von Briand selbst, im Senate von dem Justizminister Laval verlesene Regierungserklärung Stellung.

Die Regierungserklärung gelobt die Fortführung der Politik der Entspannung und Befriedung Europas im Rahmen des Völkerbundes. In diesem Zusammenhang gibt sie ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß es in der außerordentlichen Versammlung des Völkerbundes nicht möglich gewesen ist, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verwirklichen. Aber der Ausschub, der durch keine der Signatarmächte von Locarno veranlaßt sei, habe diese in keiner Weise getrennt, wie es auch in der gemeinsamen Erklärung, die ihrem Willen zur Aufrechterhaltung des Paktes und zur Entwicklung seines Geistes Ausdruck gebe, betont sei. In ihren weiteren Ausführungen verweist die Regierung, daß sie die von dem vorangegangenen Ministerium eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Meer, Schiffe und sonstige Angelegenheiten zu den Angelegenheiten und Verantwortlichkeiten werde und fordert das Parlament auf, in kürzester Zeit über die Mittel zur Verordnungsgebung Beschlüsse zu fassen. Zum Schluß appelliert die Regierungserklärung an alle Republikaner, in aufrichtiger Zusammenarbeit die Lösung zu suchen, die das Wohl der Nation erhoffe. Es wurde daraufhin die lange Liste der Interpellationen verlesen und Briand forderte das Parlament auf, die Diskussion über die meisten der eingebrachten Interpellationen zu vertagen und allein die des nationalpolitischen Abgeordneten Barnagoran über die Zusammenlegung und die allgemeine Politik des Ministeriums sofort zur Debatte zu stellen. Mit großer Mehrheit wurde dieser Vorschlag angenommen, worauf Barnagoran das Wort zur Begründung seiner Interpellation ergreift. Der größte Teil seiner Rede war dem Angriff auf die Person des Innenministers Malon gewidmet und wirkte wie ein Kapitel einer hauptstücklichen Darstellung des Krieges. Der Redner erklärte, daß die Anwesenheit dieses unter der Regierung Clemenceau wegen Hochverrats verurteilten Mannes im Ministerium eine Herausforderung der national denkenden Kreise darstelle.

In seiner Erwiderung verteidigte Briand seinen Innenminister gegen die ungerathenen Leidenchaften, die sich gegen ihn richteten, und wies auf die anerkanntswürdigen Pflichten hin, durch die sich Malon stets ausgezeichnet habe. Frankreich, so schloß Briand, habe noch nie gezeugt, einen begangenen Irrtum wieder gutzumachen.

Als in der sehr stürmischen Aussprache über die Regierungserklärung der neue Innenminister Malon sich gegen die Angriffe der Rechten verteidigte, erlitt er einen Ohnmachtsanfall und mußte hinausgetragen werden. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, daß die Saalbediener eine Kette bildeten, um ein Handgemenge zu verhindern. Nach einiger Zeit erfolgte sich Malon wieder. Nach einer vierstündigen Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Briand ergreift noch einmal das Wort und verteidigte unter höchstem Beifall der Linken noch einmal seinen Innenminister. Die Kammer sowohl wie Poincaré hätten die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Malon im Kriege schuldlos gewesen sei. Unter ungeheurem Beifall der Linken schloß Briand: Wenn man betragliche Gemeinheiten sieht, so erfährt einen für immer ein Uebel vor der Politik. Als es zur Abstimmung kam, erklärte Leon Blum, daß die Sozialisten sich angesichts der Angriffe der Rechten gegen Malon nicht der Stimme enthalten, sondern für die Regierung stimmen werden. Das Vertrauensvotum für die neue Regierung wurde mit 361 gegen 164 Stimmen angenommen. Es hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer ist entschlossen, eine Politik internationalen Friedens, der Steuergerechtigkeit und der Finanzgesundheit zu unterstützen. Sie vertraut auf die Regierung, daß sie in kürzester Zeit das Budget ins Gleichgewicht bringt, die Heeresreform und die von den Demokraten erwartete Sozialgesetzgebung verabschiedet und geht zur Tagesordnung über.“

Fast genau die gleichen Vorgänge spielten am selben Tag im deutschen Parlament: Wir verweisen auf unseren heutigen Bericht über die Ablehnung des Misstrauensvotums gegen den Innenminister Rütz im Reichstag. Das verhältnißliche und ausichtslos Ende der Genfer Verhandlungen scheint übrigens auch dem englischen Außenminister zu helfen, um die Kritik seiner Politik zu überwinden.

Das Reichskabinett deckt Luther-Stressemann.

Amlich wird gemeldet: In einem am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortwährenden schriftlichen Berichte durch mündliche Darlegungen ergänzt hatten. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Delegation und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß

durch die in Genf getroffenen Abmachungen die beiderseitige Fortführung der Locarnopolitik gewährleistet ist.“ Viel bemerkt wurde, daß bei der Ankunft des Sonderzuges der deutschen Delegation, die bereits am Donnerstag nachmittags 3 Uhr, erfolgte, auch der französische und der englische Botschafter zum Empfang erschienen waren.

Reform des Völkerbundsstatuts?

Brüssel, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Vandervelde erklärte bei seiner Ankunft in Brüssel, der Völkerbund habe unzweifelhaft einen Rückschlag zu verzeichnen, aber es bestehe keinerlei Grund zum Pessimismus. Die starke Enttäuschung darüber, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorübergehend vereitelt ist, sei der beste Beweis des gewaltigen Fortschritts seit vier Jahren, wo Briand noch unter dem einmütigen Beifall der Völkerbundsversammlung erklären konnte, der Eintritt Deutschlands wäre eine Kalamität. Genf habe bewiesen, daß es nicht möglich sei, mittleren Mächten einen Rändigen Sitz im Völkerbundsrat zu gewähren. Er selber sei ein entschiedener Gegner der Vermehrung der ständigen Sitze. Wenn diese aber dennoch beschlossen werden sollte, dann könne Belgien ebenso starke Rechte geltend machen als manche anderen Mächte. Was das Verhältnis zu Deutschland betrifft, so ist die Krise in Genf vollständig überwunden worden, was den Rückschlag für den Völkerbund außerordentlich mildert. Die Tatsache, daß eine einzige Macht, wie Brasilien, das Gelingen des Werkes vereiteln konnte, bringt die überaus schwierige Frage der Reform der Völkerbundsstatuten auf die Tagesordnung. Vandervelde hofft, daß die Schwierigkeiten noch der Septembertagung überwunden werden.

China nimmt das Ultimatum unter blutigem Protest der Nationalisten an.

London, 19. März. (Eigener Funfbrief.) In Peking kam es am Donnerstag zu einer schweren Schieberei. Als bekannt geworden war, daß die Regierung das Ultimatum der Mächte wegen der Unterbindung der Schifffahrt zwischen Tatu und Tientsin angenommen hat, veranstalteten etwa 1000 Studenten eine Protestkundgebung vor dem Ministerium. Die Regierung ließ Truppen marschieren, die von ihrer Waffe Gebrauch machten. 17 Personen wurden getötet, 16 schwer verwundet.

Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid.

7 Millionen allein in den größeren Städten!

Bisher liegen die Ergebnisse der Eintragungen zum Volksbegehren aus 125 Städten vor. Von den etwa 15 Millionen Wahlberechtigten in diesen Städten haben 7 Millionen von dem Recht der Eintragung Gebrauch gemacht. Das entspricht einer durchschnittlichen Beteiligung von über 40%. Die genaue Feststellung der Gesamtziffer der Eintragungen wird noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Bisher fehlen die Ergebnisse der Landbezirke. Frühstens am Sonnabend dürfte es möglich sein, eine annähernd endgültige Gesamtziffer der Eintragungen bekannt zu geben.

Der Eindruck des Volksbegehrens auf die Parteien

kommt in der Zentrums Presse lebhaft zum Ausdruck. In Gegensatz zur Generalanzeiger-Presse, die sich noch mit falschen Ziffern hilft, verschleiern „Germania“ und „Schlesische Volkszeitung“ den Aufmarsch der Massen gegen die Parole ihrer Reichstagsfraktion kühnere Weise nicht. Im Breslauer Zentrumsblatt schreibt zum Beispiel der Zentrumspolitiker Dr. Wolf:

Es steht noch dahin, ob nicht im entscheidenden Waffengang von den Linksparteien noch mehr Stimmen ausgebracht werden können. Die Jubelhymnen der Rechtsparteien dürfte also am besten wohl in Rollen gelassen werden; denn es steht fest, daß eine große Anzahl deutscher Wähler, die nicht der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei angehören, sich in die Listen zum Volksbegehren haben einschreiben lassen, und es ist anzunehmen, daß diese Wähler keine Ausnahme, sondern höchstens noch einen Zulauß bei einem eventuellen Volksentscheid erfahren werden. Freilich ist das Volksbegehren nicht nur aus der Antipathie gegen die Fürkennhörer zu erklären, sondern der sehr vielen aus der Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich den fürchten das ausfüllen wolle, was es bisherzeit den Hypothekengläubigern, Rentnern und Spargern verschuldet habe. Diese Stimmung mag falsch oder richtig sein, ist doch jedenfalls, daß sie vorhanden ist, und daß keine noch so kluge Gegenklärung diese Wähler davon abhalten wird, für die Entgegnung der Parteien zu stimmen. Die Sozialdemokratie hat einen großen Fehler damit begangen, daß sie die völlig entgegengesetzte „Enteignung“ zur Parole gewählt hat. (?) Sollte sie das Volksbegehren anders formuliert, dann wäre der

Ausscheiden der tschechischen Sozialisten aus ihrer Koalition.

Eintritt der deutschen Agrarier? Prag, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Republik hat die Demission des Gesamtkabinetts angenommen und mit der Bildung der neuen Regierung den Chef der politischen Landesverwaltung in Brünn, Czerny, betraut.

Das Ereignis des Tages ist der Zerfall der tschechischen Koalition. Es bestand nämlich die Absicht, die verschiedenen Ansätze der Koalitionsparteien weiterzubeziehen zu lassen. Man stellt sich heraus, daß der Versuch, eine gemeinsame Plattform für ein Vorgehen der bisherigen Mehrheitsparteien zu finden, gescheitert ist. Der tschechische Ministerpräsident Bohm hat seine Mission, wie er mittels, deshalb zurückgelegt, weil er zu der Ueberzeugung gekommen war, daß er Schiffsbruch erleben müßte, da die Agrarier die ultimative Forderung auf Herausgabe einer Verordnung, durch die die Zölle binnen drei Wochen eingeführt werden sollten, gestellt haben. Die tschechischen Sozialdemokraten gehen zur kommenden Regierung keinerlei Bindung ein und werden die Einführung der Zölle bekämpfen. Wie die neue Regierung eine Mehrheit im Parlament finden soll, ist vorläufig unklar. Interessant ist es, daß der abtretende Ministerpräsident, der am Freitag auf einige Monate nach dem Süden fährt, eine längere Unterredung mit dem Obmann der deutschen Agrarierpartei, Senator Krepel, hatte. Dieser Unterredung wird in politischen Kreisen großes Gewicht beigemessen. Sie wird in Zusammenhang gebracht mit einem Antrag des tschechischen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, die Regierung möge sämtliche Regierungsvorlagen auch in deutscher Uebersetzung vorlegen und auch alle Regierungserklärungen durch Dolmetscher ins Deutsche Uebersetzen lassen, um den deutschen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ihre Mitteilungen verständlich zu machen. Es ist interessant, daß dieser Antrag nicht, wie bisher üblich, abgelehnt, vielmehr seine weitere Prüfung zugelassen wurde.

Prag, 19. März. (Eigener Funfbrief.)

Das neue Ministerium der Tschechoslowakei setzt sich wie folgt zusammen: Czerny, Chef der politischen Landesverwaltung; Mährer, Präsidium und Inneres; Dr. Benesch, Inneres; Prof. Dr. Euglich, Finanzen; Prof. Dr. Reissner, Unterricht; Dr. Hausmann, Justiz und Verfassung; Dr. Peroutka, Handelsminister; Dr. Rha, Eisenbahnminister; Ingenieur Kubik, öffentliche Arbeiten; Dr. Slavik, Landwirtschaft und Untertiergär; Generalstabchef Syrovak, Landesverteidigung; Dr. Schiegl, Sozialfürsorge; Dr. Jatta, Post; Cailen, Slowakei.

Das neue Ministerium wird am Freitag vom Präsidenten Maratit verabschiedet werden und sich am kommenden Mittwoch dem Parlament vorstellen.

Erfolg sicherlich größer gewesen. (?) Das Kompromiß in der Frage der Fürkennbindung wird auf diese Volksbewegung Rücksicht nehmen müssen, und wenn man von rechtsstehender Seite die Arbeit begehrt, das Kompromiß abzulehnen, dann wird notwendigerweise eine graduelle Verschärfung des Kompromisses vorgenommen werden müssen, um die Zustimmung der Sozialdemokratie zu erlangen.

Leider belastet der Artikelreiber diese vernünftigen Ausführungen bereits wieder mit Hoffnungen auf die Große Koalition. Er wird sich wieder einmal sagen lassen müssen, daß auch grobe Unvernunft der Rechten und Sozialdemokraten nicht geneigter macht, alle Halbheiten der Mitte zu beken. Ein Entgegenkommen an unsere Forderungen werden wir den Mittelparteien nicht erschweren, aber Eintritt in irgend eine — große oder kleine — Koalition kommt für uns überhaupt erst in Frage, wenn die ganze heutige Wirtschaftspolitik unter Preisgabe der für die kleinere Landwirtschaft und für die Industriearbeiter verhängnisvollen Zölle dadurch herangerissen werden kann. So lange die linken Zentrumspolitiker ihre Partei nicht so weit haben, können ihren Koalitionshoffnungen nur neue Enttäuschungen bringen, für die sie uns dann nicht wieder verantwortlich machen sollen. Die verhängnisvolle sachliche Annäherung unter dem Eindruck des Volksbegehrens kann uns fürs erste genügen. Die Bewegung für den Volksentscheid wird schon noch weiteres leisten.

Die ohnmächtige Wut der Rechtsparteien über die mächtige Kundgebung des Volkswillens zeigt sich in der Schreibweise der „Schlesischen Zeitung“, die folgende Auflistung druckt:

Das in Breslau an der Spitze des Raubzuges gegen die fürkennlichen Familienangehörigen lebende Alceblatt bekennt, zu bezücht die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei aus einem ehemaligen Fürkennlichen und Sozialisten, der, weil er Klein und Dem nicht untergeordnet konnte, wegen Dummheit die Wahl vor sich selbst in einem Volkschullehrer, der, durch den Uebergang zur weltlichen Schule die heidnische Achtung familiärer Gebote Gottes betunden hat, und einen reichen jüdischen Kaufmann, der das Wort singte: „Die einzig gerechte Abfindung für die Fürkenn ist der Bismarckpfehl.“

Wir wissen leider nicht, wen das deutschnationale Blatt damit meint und wofür es für eine Entschuldigungsverpflichtung

nach diesen Verleumdungen wenigstens die Namen dieser heimlichen „Kauzgangsführer“ bekanntzugeben. Unsererseits vertreten wir dem deutschnationalen Blatt schon heute, daß die uns bekannten Führer der Agitation in Schlesien Paul Löße, Karl Knappe usw. nicht einmal Senkblätter oder Volksschulmeister, sondern nur ehemalige Arbeiter, teilweise vorbestraft wegen Majestätsbeleidigung usw., sind. Das angeblich vornehme Breslauer deutschnationale Blatt wird mit der Erklärung einer Millionenumgebung durch heimliche Drahttelegrafie unbekannter Männer im übrigen nur Heiterkeit erwecken.

Lob verdienen die Kommunisten für die erfreuliche Mäßigung, die sie sich im Laufe ihrer Aktion angewöhnt haben. Auch sie haben sich dem Massenwillen angepaßt, der ihnen zur Vermeidung dieses Kampfes zur Hege gegen die Sozialdemokratie immer weniger Gelegenheit bot. Nachträglich erklären sie natürlich, daß sie die Führung der ganzen Sache gehabt hätten. Das läßt sich zwar an Hand des allernächsten Nachweises für die Lösung der sozialdemokratischen Organisation leicht widerlegen; wir wollen aber auf dieses Vergnügen verzichten, weil es uns Freude macht, die Kommunisten so stolz und begeistert bei einer streng verfassungsmäßigen Aktion in demokratischem Rahmen zu sehen. Erfreulicherweise hat die KPD. auch alle Mäße aufgegeben, mit denen sie früher Parlamentswahlen und andere demokratische Aktionen verbrämte: sie behauptet nicht mehr, daß sie nur die Unvollkommenheit der demokratischen Mittel durch ihre Aktion entschließen wolle, sondern ist auch vom Endeziel des Volkswillens überzeugt. Die Ausmerzung von bezahlten Parteimitgliedern, wie Hamann, zeigt also erfreuliche Früchte bei der KPD. Schade, daß sie außerpolitisch in der Völkerverbindungsarbeit noch den Rechtsparteien den Ruf streitig macht, die internationale Verständigung mit dem Westen besser zu fördern. Je mehr Freude und Erfolg die kommunistischen Arbeiter am Kampf innerhalb der deutschen Demokratie finden werden, desto unabhängiger werden sie aber auch gegen denartige Anweisungen eigenmächtiger russischer Staatspolitik werden!

Geständnisse eines deutschnationalen Ministers zur Fürstenabfindung.

Im Reichsausschuß des Reichstages legte am Donnerstag der deutschnationale Finanzminister Thüringens, v. Kallenberg, die Geständnisse in Thüringen in Bezug auf die Fürstenabfindung dar: Schon jetzt habe Thüringen bei der Beschaffung von Krediten Schwierigkeiten gehabt, weil infolge der vielen Fürstenprozesse die Vermögenslage des Staates sich nicht klar übersehen ließe. Diese Schwierigkeiten würden sich noch vergrößern, wenn ein neues Reichsgesetz den Fürsten die Möglichkeit gäbe, daß auch die Verträge und Gesetze, die nicht anfechtbar seien, durch das Reichsgericht nachgeprüft werden könnten. Es sei zu befürchten, daß es dann zu Entscheidungen zu Ungunsten des Staates kommen werde. Außerdem können Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte vergehen, ehe Sicherheit besteht. Gehe aber der Zustand der Ungewissheit wäre für Thüringen kaum tragbar. Manche Vergleiche seien für das Land recht günstig. Regierungen der Fürsten seien durchwegs revolutionäre Körperlichkeiten oder wenigstens Körperlichkeiten gewesen, die den revolutionären Gedanken veritren. Und diesen gegenüber seien die Fürsten sehr nachgiebig gewesen. In der Aufwertung seien die Fürsten bisher viel zu weit gegangen. Auf Grund der neuen Anwertungsgehalte hätte aus der Not des Volkes heraus ein für die Fürsten ungünstiger Standpunkt eingenommen werden müssen. Die Schiedsgerichte seien mit der Aufwertung des durch Nichterfüllung zugebilligter Beträge im Interesse des Fiskus unerlässlich erschienen.

Hg. Rosenfeld (Soz.) machte geltend, es sei doch wohl ein Verstoß, wenn man die auf den Thüringer Fürsten abgeschlossenen Abfindungsverträge darauf zurückführe, daß sie mit revolutionären Körperlichkeiten abgeschlossen seien. In diesen thüringischen Verträgen habe der Fürst bei den Verhandlungen einen Sozialdemokraten nicht einmal zu Gesicht bekommen, nur abfällige oder monarchistische Staatsräte hätten mit den Fürsten verhandelt. In Wirklichkeit hätten die Länder Teile des Staatseigentums an die Fürsten abgetreten, denn die alten Kammergüter seien nicht Privatbesitz der Fürsten, sondern Staatsgut gewesen. Die Fürsten hätten nicht anders aufgewertet werden, als andere Staatsbürger.

Finanzminister v. Kallenberg: Es sei allerdings richtig, daß besonders in Sonderfällen keiner von den revolutionären Herren an die Fürsten herangekommen sei. Direkt hätten nur die früheren Staatsräte mit den Fürsten gesprochen. Es sei zu befürchten, daß das Sondergericht lange Zeit zur Beseitigung brauchen werde.

Es wurde dann über Thüringer Einzelsachen verhandelt.

Die Verhandlungen über die Trennung Ober- und Niederschlesiens

im Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages wurden gestern Abend fortgesetzt. Der Ausschuß hat infolge einanderes Bild, als das Zentrum infolge der Streitigkeiten, die sich im Ausschuß zwischen den ober- und niederschlesischen Vertretern offen abgezeichnet hatten, die Hg. Gabel und Bender aus dem Ausschuß zurückzog und mit den ordentlichen Mitgliedern des Verfassungsausschusses vertreten war. Beim 8. Sitzungstag eine ausgedehnte Debatte um die Frage, ob die Lebens- und Hauptpflichtverhältnisse anstatt getrennt oder ihre Einheit aufrecht erhalten werden sollte. Das Zentrum sprach sich für Trennung nach dem Regierungsentwurf aus, während die anderen Parteien für die Aufrechterhaltung der Einheit sich einsetzten. Gen. Hamburger begründete diesen Standpunkt für unsere Fraktion damit, daß man gegenwärtig nicht leistungsfähige Annehmungen zerschlagen und daraus kleinere Betriebe machen sollte, deren Existenzfähigkeit nicht unbedingt gesichert werden können. Er verwies ferner auf die Rechte der Versicherten, die bei Schmälerung der Versicherungsbeiträge gefährdet würden und wies daraufhin, daß bei einem Zusammenfallen der Anstalt nach Zusicherung des niederschlesischen Landtagschauptmanns die Anlage veräußerbar Gelder und die Verteilung Ober- und Niederschlesiens im Vorstand und Bermal ungünstig unter voller Wahrung der niederschlesischen Interessen gewährleistet sei. Der Paragraph wurde schließlich nach einem Antrag des Volksparteiers M. K. H. in, der die Aufrechterhaltung der Einheit vorschlug, mit allen Stimmen gegen das Zentrum angenommen.

In der weiteren Debatte wurde die Stimmung, daß betreffs des Provinzialmuseums kein Ausgleich stattfinden sollte, mit den Stimmen der Linken und des Zentrums gestrichen. Bezüglich des Schiedsgerichts wurde abgelehnt von der Regierungsvorlage beschlossen, die Oberpräsidenten nicht in ihm mitwirken zu lassen. Der Vorsitzende soll vom Minister des Innern bestimmt werden. Ferner sollen dem Schiedsgericht zwei Landesverwaltungsräte und je zwei von den beiden Provinzen zu benennende Mitglieder angehören. Bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern ist das Schiedsgericht beschlußfähig. Die Einzelheiten hat es selber zu regeln. Ueber den Vertausch der beiden Provinzen werden die Provinzen mündend endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt; die Formulierungen, die hierzu von den beteiligten Parteien eingebracht sind, werden in der nächsten Sitzung, die heute Nacht tagen wird, beraten und beschlossen werden. Heute ist mit einem Abschluß der Verhandlungen im Ausschuß zu rechnen.

Im Preussischen Landtag

wurde die zweite Beratung der Hauszinssteuer fortgesetzt. Hg. Stödel (D. Sp.) bebaudert die Besteuerung landwirtschaftlicher Gebäude, die seiner Meinung nach noch aus dem Entwurf verschwinden müsse. Hg. Wiener (Soz.) erklärt, auch seine Fraktion sei mit der Steuer nicht einverstanden, aber das Reichsgesetz sei das Hindernis. Finanzminister Dr. Hülfer-Wshoff bezeichnete das Gesetz als notwendig, die Steuererhebung komme der Bautätigkeit und Wohlfahrtspflege zugute. Die Abstimmungen finden am Freitag statt.

Aus dem Reich.

In den Gärten der Märgellassen im Friedhofshain in Berlin fanden sich am Donnerstag als Kran-Deputationen der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners, der Konsumgenossenschaft und des Reichsbanners der Kriegsteilnehmer ein. Eine Abteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte zu beiden Seiten des Friedhofseinganges Schranne aufgestellt. Der Anhang der Besucher war in den Nachmittagsstunden so groß wie selten zuvor.

Die Umsatzsteuererhöhung. Im Steuerausschuß des Reichstages teilte am Donnerstag die Regierung mit, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent mit dem 1. April in Kraft treten soll. Mit dem gleichen Tage soll die Hersteller- und Kleinhandelssteuer aufgehoben werden. Von deutsch-nationaler Seite wurde eine Senkung der Einkommenssteuer, der Vermögens- und Erbschaftssteuer, sowie der Realsteuern beantragt, und eine Ermäßigung der Hauszinssteuer angeregt. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold lehnte diese über den Vorschlag der Reichsregierung hinausgehenden Steuererhöhungen ab; auch eine Senkung der Wein- und Biersteuer komme nicht in Frage.

Der Haushaltsanschluß des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung fort. Beim Titel „Sonderunterstützung für die Tabakarbeiter und verwandten Gewerbe“, auf 2 Millionen vorgesehen, fragte Hg. Reil (Soz.), ob die Reichsregierung einheitliche Richtlinien für diese Unterstützungen in den einzelnen Ländern vorgeschrieben habe. Die Regierung ließ mitteilen, daß neue Richtlinien dem Reichstag vorliegen. Zur Förderung der privaten Wohlfahrtspflege sind im Haushaltsplan 2,5 Millionen ausgemorjen. Ein Antrag, diese Summe auf 12 Millionen zu erhöhen, drang, nachdem die Regierung Einspruch erhoben hatte, nicht durch, jedoch beschloß der Ausschuß eine Erhöhung auf 6 Millionen Mark.

Die Hege gegen den sozialdemokratischen Partez. Am 1. August 1925 in der Thüringer mit Spannung erwartete Verhandlung gegen den Eisenacher Stadtpfarrer Genossen Kuch statt, der wegen Beleidigung der Eisenacher Richter angeklagt war. Kuch hatte 4. August 1925 in der Eisenacher „Volkzeitung“ anlässlich Wiederkehr des Tages des Kriegsbeginns einen Aufsatz geschrieben, in dem er zur Bekämpfung der erregten politischen Meinungen ermächtete. In diesem Aufsatz wurden auch Zustimmungsverhältnisse gekennzeichnet und von einer „Aussprechung politischer Heimtücke“ gesprochen. In diesem Artikel fehlte seinerzeit eine Hege gegen Kuch ein, dem Ziel auf Entfernung von seinem Pfarramt. Der Landtagrat erteilt Kuch aber nur eine persönliche Rüge. Kuch flagte der Eisenacher Landgerichtspräsident K. K. namens der Eisenacher Richter wegen Beleidigung. Zu waren zur Verhandlung nicht geladen. Genosse Kuch betonte seiner Vernehmung, daß er bei seiner Kritik einige große politische Prozesse im Auge gehabt, nicht aber an Eisenacher Richter gedacht habe. Der Staatsanwalt, der ansehend die Sache verloren gab, beantragte nur 50 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch auf Einstellung des Verfahrens und Verurteilung der Kosten auf die Staatskasse, da in Eisenach kein politischer Prozeß anhängig gewesen seien und Eisenacher Richter folglich auch nicht beleidigt sein konnten.

Verurteilung wegen Verrats militärischer Geheimnisse. In einer Verurteilung aus Eberfeld wurde der schamlose Reichswehrsoldat Karl Hase aus Berlin, der den Engländern gegen Zahlung militärischer „Geheimnisse“, die er während einer norddeutschen Tätigkeit als Schreiber beim Reichswehrministerium erfahren hatte, verraten hatte, vom erweiterten Schöffengericht 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilung des völkischen Mörders Grütze-Lehder ist erfolgt. Der zweite Strafbescheid des Reichsgerichts beschloß am Donnerstag mit der Revision des Fernmörders Grütze-Lehder. Am 11. Dezember 1925 war der neunzehnjährige Kaufmann Robert Grütze-Lehder vom Schwurgericht in Berlin wegen Mord an Nord zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er am 16. November 1923 im Tegeler Forst im Auftrag der Völkischen Freiheitspartei den angeklagten Oberleutnant Müller-Damme erschossen tötete und verscharrt hatte. Der Ermordete wurde ein Epitaph beigesetzt und sollte geheimes Material der roten Jugend ausverhandelt haben. Vor der Tat will Grütze-Lehder den ganzem Mann mit bekannten völkischen Führern, u. a. auch mit den Reichstagsabgeordneten Müller und Kube, eingehend erörtert und im deren Einverständnis die Tat ausgeführt haben. Kurz nach dem Mordtat schickte er nach Ungarn, wurde aber im Juni 1925 ausgehört. Das Gericht verwirft die Revision als unbegründet und bestätigte das Urteil der Vorinstanz.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Urteil gegen die vor dem Haager Gericht zur Besatzung gezogenen Frankensässler ist nunmehr endgültig gesprochen worden. Oberst Jankowitsch erhielt 3 Jahre Gefängnis, Georg Marjashowitsch und Georg Mantowitsch je 2 Jahre Gefängnis. Damit ist die Frankensässleraffäre für Holland erledigt. Die Fortsetzung soll in Budapest folgen, wenn die eigentlichen Täter, W. W. W. und Genossen, vor Gericht erscheinen. Freilich hat es bis dahin noch gute Wege.

Ausschluß bulgarischer Minister aus der Sozialistischen Partei. Mit Dreiviertelmehrheit nahm der Kongreß unserer bulgarischen Parteigenossen eine Resolution an, die den Ausschluß der rechtsstehenden Führer Jankow und Minister A. D. Dimitroff beauftragt und dem diesen nachstehenden Genossen Dr. D. D. D. eine Rüge erteilt. Mit etwa zwei Dutzend ihrer Anhänger verließen die Ausschlußbeschlüsse den Parteitag. Das Zentralorgan „Narod“ (Volk) steht die besondere Bedeutung dieses Beschlusses in der Abkühlung derer, die durch ihre persönliche Teilnahme die Sozialdemokratie in den Ruf der „Bauernregime Stamboulinski“ verwickelten und mit dem Kabinett Jankow verknüpfen.

Das Fremdenrecht in Polen. In dem vom polnischen Sejm angenommenen Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der Ausländer haben die mit dem Projekt befaßten Senatskommissionen eine wesentliche Änderung vorgenommen. Während der vom Sejm angenommenen Text Genehmigungen der Verwaltungsbehörden für die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise verlangt, ist nach dem Änderungsantrag der Senatskommission eine Genehmigung grundsätzlich nur für die Einreise erforderlich. Aufenthaltsgenehmigungen können dagegen nur als Retorsionsmaßregel, während eines Krieges und gegenüber Angehörigen von Staaten mit einer vollkommen andersartigen sozialen und politischen Struktur verlangt werden.

General Brusilow ist in Moskau an Lungenerkrankung gestorben. Er hat sich im Weltkrieg durch seine Massenangriffe einen berühmten Namen gemacht.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist im Abnehmen begriffen. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres betrug die reine Einwanderung — nach Abzug der Rückwanderung und des vorübergehenden Aufenthalts — 97 000. Den größten Teil dieser Auswanderer stellen Kanada und Mexiko, wenn auch die Einwanderung aus diesen Ländern in der Abnahme begriffen war. Die Einwanderung aus Europa erhöhte sich dagegen in der Berichtsperiode um 15 Prozent. An der Spitze der europäischen Einwanderung steht die Einwanderung aus Deutschland, an zweiter Stelle die aus Irland.

Der Bürge.

Roman von Th. H. Hall Caine.

„An ihren Knochen für sich allein zu haben und vom Gedächtnis der Leute fern zu halten, damit er nicht zu früh von der Geschichte ihres geborenen Lebens und Herzens vernahm, hatte Rachel ihn in ihrer Mutterstube, der einzigen, ergötzt. Schon aber konnte, so schnell wie zu Hause gewohnt, am Glorioso auch schlafen und hörte in der Tat dort auch die Geschichte von seines Vaters schmerzlicher Handlung an seiner Mutter.“

Während der ganzen Zeit ihres Bestehens, das schlimmer war als Wittern, lag all der thüringischen Bilder aus der Vergangenheit und bei all ihren Lebensformen, stand in ihrem Herzen, tief im Hintergrund, die Hoffnung, daß das Leben eines Tages doch wieder zu ihr zurückkehren werde. Er konnte doch jedes Weibes Drogung nicht auf die Dauer ertragen? Nein, gewiß nicht! Doch doch Stephen weg aus Jansons vor Patrikuss Bruder? Wenn der einmal tot aus dem Rege sei, dann, hoffte sie, werde er kommen, werde ihren Knochen sehen und seine Pflicht an ihnen tun. Und wenn der Junge gelegentlich in bitteren Worten von dem Vater sprach, den er nie gesehen, aber wenn der Bild seiner herrlichen Mutter Augen von Rachel sprach an dem, der so schlecht an der Mutter gehandelt, so hat sie ihn und seine Liebe und Vergebung für den Vater in dem Knochen zu werden.

So lagen in Rachel's Herzen beständige Hoffnungen gegen Schritt und Liebe gegen sich im Kampf. Jenseit vergebend Patrikuss Bruder. Das Gefühl, daß er sei in seine Heimat, auf die Wohlwollenden, verstandlich.

„Du bist er kommen“, sagte Rachel. „Du bist er kommen, er ist er kommen, daß nichts mehr zu machen ist und sich nicht können.“

„Du bist er kommen“, sagte Rachel. „Du bist er kommen, er ist er kommen, daß nichts mehr zu machen ist und sich nicht können.“

Da tauchte plötzlich Patrikuss Bruder wieder auf. Er hatte sogar eine Botkass für Rachel. Er wußte, wo Stephen Orz war — auf der kleinen Insel Man, weit im Süden, in der trüben See. Er hätte dort wieder geheiratet und ein Kind bekommen. Sein Weib sei tot, aber sein Sohn lebe.

Das gab Rachel den Todesstoß. In ihrer Schwäche legte sie sich hin, um nicht wieder aufzustehen. Die strahlende Sonne, die über ihrem vernichteten Leben wieder ausgegangen und einen lieblichen Schein darauf geworfen, war durch eine schwere schwarze Wolke verdeckt. Für sie gab es keine Hoffnung, keine Reise nach England mehr — ihr Sohn würde allein gehen müssen.

Es war gerade Winter, jene Jahreszeit, wo in jenem kalten Land Tag und Nacht so ineinander verfließen, daß des Tages Helle nie ganz zum Durchbruch kommt. Und in der Stille dieser langen Nacht lag Rachel weilt allein in ihrer kleinen Stütte. Ihre Gedanken wandten sich nicht ab. John kann zuweilen zu ihr und brachte frische Seife mit herbei. Schweigend stand er dann etwa eine halbe Stunde neben ihrem Bette und schaute voll Bewunderung auf die Mutter. Er begriff nicht recht, was das nun war; denn er war voll jungen, frühen Lebens, wie ein ungegähntes Füllen, und der Tod war ihm noch unbegreiflich. Ein plötzlicher Blitzstrahl fährte das Ende herbei. In einem ungewöhnlich dunklen Tag, als John vom Strande nach Hause eilte, fand er seine Mutter im Todeskampfe. Schnell lief er, den Pfleger zu holen, der ihn einst gekostet. Der brave Mann kam auch bald mit dem Bach unter dem Arm herbeigehumpelt, sah auf den ersten Blick, wie es mit Rachel stand, daß das Leben nur noch ein wenig in ihr flackerte, und wachte noch beim Governement stand. Aber Rachel ließ es nicht zu. Er betete dann mit ihr, und als das alles, was Menschen tun können, getan war, sah er sich auf einen Schmel, küßte sein hantbeschädigtes Haupt und über seine Knie, legte darauf seine Schamstabsbüchse und wartete.

John stand mit den Händen gegen das Feuer und fluchte in die Dunkelheit. Er sah und hörte zu, sprach aber kein Wort. Sein Gesicht lag in ihm auf, seine Träne. Nur in seinen Augen blühte ein eigenwillig wildes Feuer.

Rachel bewegte sich und rief ihn zu sich. „Ist er da, John?“ legte sie mit schwacher Stimme, und er trat an das Bett.

„Gott behüte dich, mein braver Junge“, sagte sie. „Ich fürchte mich nicht, dich zu verlassen. Du bist ja stark und tapfer, und die Welt ist dem Starke offen. Nur gegen die Schwachen ist sie grausam — nur gegen die Schwachen, die Schlichteren — nur gegen die Frauen — nur gegen die hilflosen Frauen, die Sklavinnen hartherziger Männer.“ Und dann erzählte sie ihm in wenig Worten ihre ganze Geschichte, erzählte ihm alles von ihrer Liebe, ihrer Treue, ihrem Leben.

„Ich gab mich ihm ganz hin, rückhaltlos, nahm eines Vaters Fluch auf mich um seinetwillen. Er schlug mich — verließ mich — vergaß mich über einer anderen. Hör doch, hör — komm näher — noch näher“, und dann sagte sie ihm die Worte, die seinen ganzen Lebensgang beeinflussten.

„Du wirst Seemann werden und nach fernem Ländern segeln. Wenn du je deinen Vater treffen solltest, vergiß dann nicht, was deine Mutter um seinetwillen auf sich genommen hat. Und wenn du ihn nie treffen solltest, dafür aber seinen Sohn, vergiß dann nicht, was deine Mutter durch seinen Vater gelitten hat. Hörst du mich? Rede ich deutlich genug? Hast du mich verstanden?“

Aber John gab keine Antwort; seine Kehle war wie zugeschnitten.

„Ein guter Junge, lebe wohl! Gott — behüte — dich!“

„Nun schwächer wurde die Stimme. Darauf eine Pause — ein Seufzer — ein langer Atemzug — noch ein Seufzer, und dann fiel ihr bleiches Gesicht auf seine großen, braunen Hände. Das war das Ende.“

Diese sah zu rühren, fand John einige Minuten launlos still. Noch war keine Träne in seinen Augen aufgefliegen, noch war kein Schrei aus seiner lebenden Kehle gedrungen. Sie war dahin, wie sein Ein und Alles gewesen. Wie eine Welle verfließt, während hinter ihr her die See neue entfendet, war sie vergangen. Sie, sie war verloren für ihn, und er mußte leben!

Der alte Priester erhob sich endlich, schloß sich mit seinem roten Aufgehängte die tränenschnellen Augen, legte John die Hand auf die Schulter und bat: „Komm jetzt weg, mein Sohn.“

„Nicht, antwortete John heiser. „Dann aber, wenn er sich plötzlich um, und wie einer, der im Traume redet, sprach er langsam: „Mein Vater hat meine Mutter geliebt.“

(Fortsetzung folgt.)

Gesundheitsdebatte und Abstimmungen im Reichstag.

Nach die Kommunisten gegen das deutsch-nationale Mißtrauensvotum.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Ebe eröffnet. Der Gesundheitsausschuß hat seinen Bericht über die Verhandlungen der Gesundheitskommissionen im Reichstag übergeben. Die Vorlage geht auf die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Fraktion über die Forderungen im Sommer des vorigen Jahres zurück. Durch die Beschlüsse sollen die Voraussetzungen festgestellt werden, von denen die künftige Handelspolitik des Reiches auszugehen soll.

Dann wird die zweite Lesung des Haushalts des Reichsausschusses des Innern beim Kapitel Reichsgesundheitswesen fortgesetzt.

Abg. Saendermann (Dnat.) sieht in der Schaulstellung von Säuglingen und in der sogenannten Nachkultur keinen vorbildlichen Anreiz für die Pflege der Leibesübungen. Das Reichsausschussesamt solle sich in seiner Arbeit nicht beeinflussen lassen durch die Angriffe, die hinsichtlich des Untersuchungsanspruchs zur Erziehung der Kriegskinder wegen seiner Ernährungslosigkeit im Kriege gegen das Amt gerichtet worden seien.

Abg. Dr. Moses (Soz.): Auch bei dieser Gelegenheit sieht man, wie gering die Maßnahmen sind, die für kulturelle und Gesundheitszwecke in den Haushalten eingestellt sind gegenüber den Ausgaben, die für das Heer, für Polizei und für andere Dinge gemacht werden. Eine gute Gesundheitspolitik erfordert sich nicht darin, daß man einige Millionen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, für Aufklärung über Gesundheitsfragen, auslegt, es ist vielmehr notwendig, jedem Bürger das zu geben, was zu seinem Leben notwendig ist. Bei der Erziehung der Kinder, Ernährung und Wohnung ist jeder Versuch zur Hebung der Volksgesundheit zum Scheitern verurteilt. (Sehr richtig bei den Soz.) Im November 1925 ist in der Kinderstation Krankenhauses am Friedrichshagen in Berlin von dem Arzt Dr. Buntmann eine Untersuchung über den Grad der Erwerbslosigkeit und der Wohnungsnot auf die Sterblichkeit begonnen worden. Das Ergebnis der vier Monate lang fortgesetzten Untersuchung liegt nunmehr vor, es ist in einigen Tagen veröffentlicht werden. Das Krankheitsgeschehen in einem Krankenhaus, es finden dort ausschließlich Arbeiterkinder Aufnahme. Bei Abschluß der Untersuchung in Berlin 17 Prozent der Bevölkerung erwerbslos. Bei den Eltern der kranken Kinder sind die Ursachen der Erwerbslosigkeit 46 Prozent ausgesetzt man die Kurzarbeiter hinzu, so kommt weit über die Hälfte der kranken Kinder von erwerbslosen Eltern. (Lebhaftes Hört! bei den Soz.) Der Einfluß des Wohnungsnots auf den Gesundheitszustand der Arbeiterkinder zeigt sich an der Tatsache, daß von den kranken Säuglingen im Alter von 1/2 bis zu 1 Jahren fast 90 Prozent rachitisch sind. Der Einfluß der Erwerbslosigkeit auf die Gesundheit der Kinder ist am schmerzhaftesten in den unteren Klassen der Bevölkerung. Es sind sogar Fälle von Rachitis festgestellt worden. Der Bericht über diese Untersuchung zeigt, daß diese Zustände schlimmer sind als während des Krieges. Infolge des hohen Preises ist heute die Milch für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich. Die Gefahr rückt immer näher, die Säuglinge von Arbeitern statt mit Milch nur noch mit Wasser ernährt werden können. Es zeigt sich auch die Zunahme der Futtermittel, die durch den Mangel an Getreide hervorgerufen wird. Zahlreiche Arbeiter klagen darüber, sie hätten kein Geld zum Kauf von Milch. Wegen der schlechten häuslichen Verhältnisse trauen sich viele Arbeiter, auch wenn die Kinder gesund sind, sie wieder mit nach Hause zu nehmen. Oft lassen sie sich erst nach wiederholten Auforderungen und Drohungen, daß die Kinder ins Krankenhaus kommen würden, zur Abholung der Kinder bewegen. (Hört! bei den Soz.) Die beste Säuglingsfürsorge wird erzielt durch eine gesunde Sozialpolitik. Den Kindern muß ausreichende Nahrung und den Eltern ausreichender Lohn gewährleistet werden. Der Rücktritt des verdienstvollen Geheimrats Bummert ist schwer ausgleichbar.

Es ist nicht notwendig, daß mehr Kinder geboren werden, denn daß mehr Kinder am Leben erhalten werden. Dazu gehört der umfassende Ausbau der sozialen Gesetzgebung, die Bereitstellung großer Mittel zur Hebung der Volksgesundheit. Das Gesetz, für das sich das Volksgesetz erklärte, ist in einem Artikel 2, daß das Vermögen der früheren Krieger, Erwerbslosen und zugunsten der Arbeiter, Erwerbslosen usw. verwendet werden soll. Nur kommen die zahllosen Schilfer und Witen, die die Früchte der guten Gegend besessen haben, in Betracht. Sie müssen in den Dienst des Wiederaufbaus der zusammengebrochenen Volksgesundheit gestellt werden. Das ist das Gebot der Stunde, dafür müssen wir arbeiten. (Lebhaftes Hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) spricht dem Leiter des Reichsausschusses seine Anerkennung für das aus, was er zur Bekämpfung der Tuberkulose geleistet habe.

Abg. Frau Krenschke (Komm.). Für den Kampf gegen Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose müssen weit größere Mittel im Reich ausgeworfen werden. Das Hebammenwesen bedürfte der reichsweiten Regelung.

Abg. Sparrer (Dem.) tritt für die baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein und fordert die Vorlage eines Gesetzes zur Regelung des Arzneimittelverkehrs.

Abg. Pehold (Wirtsch. Bgg.) wünscht, daß auch die Naturheilkunde mehr Anerkennung als bisher finde. Die Verbindung von Arzneispezialitäten durch Unberufene müsse bestraft werden.

Abg. Graf Werchelsfeld (Bayr. Op.): Die Schilfer der höheren Klassen werden sich nicht ohne weiteres (!) in Erwerbsheime usw. umwandeln lassen. Die Länder müßten die Ausführung der Gesundheitspolitik des Reiches selbständig übernehmen.

Geheimrat Bummert: Es freut einen Reichsbeamten, der unter 18 Ministern gearbeitet habe, daß bei seinem Abgang von der Volksgesundheit eine Tätigkeit so gemindert werde. Die Gesundheitsverhältnisse hätten sich seit Gründung des Amtes gebessert, aber es sei noch sehr viel zu tun, bis ein voller Erfolg zu verzeichnen sein werde. Die Methoden zur Bekämpfung der Tuberkulose müßten verbessert werden, insbesondere sollten noch weitere Anstalten in verschiedenen Gegenden des Reiches gebaut werden. Die Erforschung des Einflusses der Arbeitslosigkeit, der Lohnhöhe und der Wohnungsnot auf die Volksgesundheit soll größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Graefe (Woll.) bezeichnet unter großer Heiterkeit die Kommunisten als derzeit beste Stütze des Ministers Rühl.

Es werden 300 Stimmen abgegeben. 252 Abgeordnete stimmen mit Nein, 97 mit Ja, 41 haben sich der Stimme enthalten. Der deutsch-nationale Mißtrauensantrag ist also abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleidet in einfacher Abstimmung der kommunistische Mißtrauensantrag.

Der sozialdemokratische Antrag, der ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung fordert, wird angenommen.

Vor der Abstimmung über den deutsch-nationalen Antrag, das Wahlalter von 20 auf 24 Jahre zu erhöhen, beantragt Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) die Überweisung an den Rechtsausschuß. Da das abgelehnt wird, erklärt Abg. Schulz-Bromberg unter stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses, daß die Deutsch-nationalen nunmehr gegen ihren eigenen Antrag stimmen würden. Dieser Antrag wird dann abgelehnt, ebenso die anderen deutsch-nationalen und völkischen Anträge auf Änderung der Reichsverfassung.

Zwei sozialdemokratische Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Lehrerbildung und zur Schaffung von Berufsschulen werden dem Bildungsausschuß überwiesen. — Darauf wird der Antrag der Regierungsparteien auf Aussetzung der Befreiung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes zur Vereinfachung des Militärstrafrechts (Dienstentlassung bei Freitagen) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Das Haus geht dann die Staatsberatung beim Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds fort.

Abg. Rühl (Bayr. Bp.) werdet sich dagegen, daß Anträge auf Erhöhung der Rentendebatte gestellt werden. Insbesondere habe es vor dem Kriege mehr Offiziere gegeben, als Abg. Rühlmann ausgeführt habe.

Abg. Rühlmann (Soz.): Infolge der Möglichkeit, mit der der Allgemeine Pensionsfonds in der Sitzung vom 12. März zur Beratung gestellt wurde, ist mir bei der unermittelt erforderlich gewordenen Sitzung des Materials für meine Rede in dieser Sitzung ein Irrtum inoffiziell unterlaufen, als ich statt der Gesamtzusammenstellung der aktiven Generale, Obersten und Bataillonskommandeure im früheren Reichsheer eine Teilzusammenstellung benutzte, die sich nur auf Einzelheiten des preussischen Kontingents bezog. Ich halte es für meine selbstverständliche Pflicht, die von diesem Irrtum befallenen Zahlen jetzt richtigzustellen. Wir hatten nach der Zusammenstellung bei allen Kontingenten, einschließlich der Marine, 1914 rund 490 Generale, im Allgemeinen Pensionsfonds für 1926 haben wir 1707 Pensionäre als Generale. Wir hatten 1914: 840 Offiziere in den Bezügen der Regimentskommandeure und haben jetzt 1741 Pensionäre in dieser Gruppe. Wir hatten 1914 rund 3600 Offiziere in den Bezügen als Bataillonskommandeure und haben jetzt rund 8000 Offiziere in dieser Gruppe. (Hört! Hört!) In diesen Zahlen sind auch die Sanitätsoffiziere enthalten.

Dann wird die Sitzung auf Freitag verlagert mit der Tagesordnung: Zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums. — Ein deutsch-nationaler Antrag, den Etat des Auswärtigen Amtes auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Die Kommunisten als „Hüter nationaler Ehre“? Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs der Völkervereinigung in Gestalt des Eintrittsgefühls Deutschlands in den Völkerbund zurückzutreten?“ Ferner hat die kommunistische Reichstagsfraktion beschlossen, bei der bevorstehenden Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett einzubringen.

Oesterreichs Zollpolitik. Wien, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat wurde am Donnerstag ein Gesetz beschlossen, das der Regierung das Recht gibt, die autonomen Zölle im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß zu ändern, wenn die inländische Erzeugung durch die Einfuhr irgendwelcher Waren ernstlich bedroht ist oder wenn diese Maßnahme aus handelspolitischen Gründen notwendig wird. Die Regierung hatte dieses Gesetz verlangt, um die Konkurrenz der volkreicheren Länder fernzuhalten. Die Sozialdemokraten stimmten nur unter der Bedingung zu, daß das Einverständnis des Hauptauschusses mit Dreierbeteiligung zustande kommt. Gegen den Widerstand der Sozialdemokraten wurde dann eine Reihe von Zollerhöhungen beschlossen, vor allem die Erhöhung des Zolls um 6 Goldkronen.

Aus aller Welt. Das verurteilte Nordlicht. Am Abend des 5. März war in der Gegend von Heidelberg am Himmel ein Nordlicht zu sehen. Die Einwohner des badischen Städtchens Eppingen strömten, laut „Frankfurter Zeitung“, auf dem Marktplatz zusammen und waren sich alsbald darüber einig, daß es im nahen Ort Delschheim brenne. Manche rufen bereits den Brandgeruch. Die eifrige Gendarmerie metete ein Auto und fuhr los. Als in Delschheim alles in tiefer Ruhe vorgefunden wurde, fuhr man weiter zum nächsten Ort, wo man das selbe friedliche Bild vorfand. Nun ging es weiter in eiliger Fahrt dem Böhmer Wald entgegen bis an die Grenze des Bezirkes. Dort kletterte man auf das Dach eines Hauses, um endlich den Brandort festzustellen. Aber auch diese Mühe führte zu keinem Ergebnis. Schließlich kam man auf den Gedanken, telefonisch im Bezirk und Nachbarbezirk eine Rundfrage zu stellen. Als auch diese negativ ausfiel, schrie man um und fuhr unverrichteter Dinge nach Hause. Erst am anderen Tag begann es bei den Brandstählern zu dämmern, als man in der Zeitung die Nachricht von dem Nordlicht las.

Dr. von Wilm, der Leiter einer Erwerbslosen-Schule und jetzt wegen seiner Pädagogik angeklagt, ist an Grippe erkrankt und zusammengebrochen, jedoch der Prozeß gegen ihn ausgekehrt werden dürfte.

Nach ein Frauenjäger. Aus Bamberg wird berichtet: Eine fonderbare Leidenschaft brachte einen achtzehnjährigen jungen Mann namens Rieg vor den Bamberger Strafgericht. Der Jüngling war nachts in den städtischen Anlagen vorübergehenden Damen ein Laß von dem Kopf, würgte sie eine Zeilung und ließ sie dann wieder laufen, ohne ihnen sonst ein Leid anzutun. Vor Gericht erklärte er, daß er in einer Papierfabrik beschäftigt sei, wo Romanze Romane eingekauft werden. In einem der Romane legte er ein Feld vor der Frauen mit dem Rasen zu fangen prägte, ihn habe er sich zum Vorbild genommen. Im übrigen war er den Frauen überhaupt nicht recht wohlgesinnt, denn seine Braut war ein dummes Mädchen, und das ganze weibliche Geschlecht verdiente seiner Meinung nach nichts Geringeres, als mit dem Rasen eingekauft zu werden. Da die Laß des Angeklagten keine Hauptbeweise waren, kam er mit einer milden Strafe davon.

Die erste deutsch-polnische Sozialistenkonferenz.

Ein Verständigungsprogramm.

Das Ergebnis der deutsch-polnischen Sozialistenkonferenz der vorigen Woche ist nach der jetzt veröffentlichten gemeinsamen Resolution der beiden Parteien noch weitgehender, als man zunächst annahm. Die Hauptthesen der Resolution lauten: Die Konferenz verurteilt jegliche Unterdrückung und Schikane, die gegen die deutsche Minderheit und deren legale Organisationen in Polen, besonders aber in Oberschlesien, errichtet wird, und fordert beide Parteien auf, jegliche nationalistische Fortsetzen aller Gruppen und Organisationen beider Völker zu bekämpfen.

Die Konferenz erkennt an, daß zwecks Erreichung dieses Ziels unverzüglich die gegenseitigen Angriffe in der Presse beider Parteien aufgehoben werden müssen, ebenso im Parlament und in den Versammlungen, und daß im Parlament der Republik Polen sowie im Schiedsamt beim die Abgeordneten beider Parteien ein gemeinsames Vorgehen in Rede und Abstimmung anzustreben haben, vor allem in Fragen, die die Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Demokratie und den Kampf gegen den Nationalismus betreffen.

Auch in den Selbstverwaltungskörpern, Kantonsräten usw. soll das Vorgehen beider Parteien gemeinsam geregelt werden. Mitglieder einer Partei, die aus Gründen moralischer Natur oder wegen Überschreitung des Organisationsstatus ausgeschlossen werden, dürfen von der anderen nicht ohne vorherige Verständigung angenommen werden. Zur Durchführung dieser Grundsätze wird eine Verständigungs-Kommission aus je zwei Vertretern der deutscher und polnischen Sozialisten eingesetzt.

Wie weit diese Zusammenarbeit in Zukunft verwirklicht werden wird, wird sich vor allem in Oberschlesien erst nach in der Praxis zeigen haben.

Eine zweite Konferenz der deutschen und polnischen Sozialisten soll in Katowitz stattfinden, wobei ein Einzelprogramm der kulturellen Autonomie für die deutsche Minderheit in Polen und die polnische Minderheit in Deutschland ausgearbeitet werden soll.

Ein neuer Saarpräsident.

Genf, 18. März. (Drahtbericht.) Der Rat ernannte in seiner heutigen, nichtöffentlichen Sitzung zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets, Raoult, den Kanadier Steffens, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission angehört, zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets.

An Stelle des als französisches Mitglied aus der Regierungskommission endgültig ausscheidenden Raoult tritt sein Neffe Morize, bisher Generalsekretär der Regierungskommission. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission, darunter auch der Belgier Lambert, wurden vom Rat für ein weiteres Jahr bestätigt.

Die Arbeitszeitkonferenz.

London, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Konferenz der Arbeitsminister haben, wie an den vorausgegangenen Tagen, auch am Mittwoch einen glatten Verlauf genommen. In den am Dienstag zurückgestellten Punkten wurde am Mittwoch durchweg eine einheitliche Auffassung erzielt. Die Konferenz hat sich besonders der Auffassung der Unterkommision angeschlossen, wonach gewisse Betriebe, die sogenannten Bedürfnisbetriebe, auch am Sonntag zulässig arbeiten dürfen, ohne daß dies als eine Verletzung der 48-Stundenwoche zu betrachten sei. Die schwierigen Fragen, die sich aus einer möglichen Kollision der Dawesgesetzbekämpfung mit der Washingtoner Konvention ergeben können, sind am Mittwoch einer eigenen Unterkommision überwiesen worden. Der belgische Minister Wouters hat nach telephonischer Verständigung mit Brüssel seine für Mittwoch geplante Rede nach Brüssel bis nach Abschluß der Konferenz aufgeschoben. Es wird in Konferenzkreisen gehofft, daß die Verhandlungen programmgemäß am Donnerstag Abend abgeschlossen werden können.

Neue russische Vorschläge zur Regelung der Schulden an Frankreich. Die russisch-französischen Verhandlungen haben wegen der Ministerkrise und wegen der Abwesenheit Briands eine Verzögerung erfahren. Wie hier verlautet, soll der russische Delegationsführer Rakowski neue Vorschläge zur Regulierung der russischen Schulden an Frankreich ausgearbeitet haben: Die Sowjetregierung schlägt Frankreich vor, unter angeblich günstigen Bedingungen in Rußland Naphthaprodukte zu kaufen, anstatt bei den internationalen Erdölkonzerne, die hohe Preise verlangen. Die dadurch ersparten Summen sollen zur Befriedigung der kleinen Gläubiger Rußlands verwendet werden. Zur Durchführung des Planes, der wie ersichtlich, eine teilweise Tilgung der russischen Schulden aus französischen Mitteln vorsieht, verlangt die Sowjetregierung Kredite zum Wiederaufbau der russischen Naphtha-industrie.

Eine Doktorenfabrik in der Schweiz.

Seit längerer Zeit führen die Schweizer Gerichte einen erbitterten Kampf gegen ein Unternehmen, das sich mit der Vermittlung von Doktoren- und Professorenstellen befaßt. Die Wurzel dieses Übels ist in Washington zu suchen, und zwar in der „Oriental-Universität“, einem Institut, das in einem einzigen Zimmer im vierten Stock einer Mietskammer untergebracht ist, und dessen Rektor, Großmeister der theosophischen Religion, außerdem periodischer Inhaber amerikanischer Gefängnisse ist. Dieser geschäftstüchtige Religionshüter unterhielt seit längerer Zeit in der Schweiz eine Vertretung, die sich zunächst auf die Vermittlung von Doktoratstiteln beschränkte, dann aber bei der Einbeziehung von Hofratsstellen für deutsche Staatsangehörige erkrankte wurde. Eine Hausjuchung ergab, daß im Jahre 1920 nicht weniger als 193 Kandidaten hier den Doktoratstitel erworben hatten, wobei es sich weniger um die Vorbildung oder um die drei bis fünf Maschinenseiten umfassende „Doktor-dissertation“ handelte, als vielmehr um die Zahlung der Gebühren von 350 bis 1000 Frank. Ein Fachlehrer z. B. erwarb den Titel des Doctor med. durch die Befriedigung der inhaltlichsteren These: „Der Einfluß guter Zähne auf die Gesundheit“, über die er sich auf 3/4 Maschinenseiten verbreitete. In einem anderen Falle vertiefte das Institut gegen die Zahlung von 750 Franken den schönen Titel eines Professors der Anthropologie.

Der Alkoholkampf in den Vereinigten Staaten ist in ein neues, verhängnisvolles Stadium getreten. Die Behörde des States New York erließ gegen 27. Kerze, 6 Apotheker und 4 Agenten von Destillierten Stoffen wegen Umgehung des Alkoholverbotes. Eine große Anzahl führender Ärzte erhielt Bewährungsstrafen. Außerdem hat die Regierung die Kontrolle der Zollkontrolle um weitere vier Zehntel vermehrt.

Cesüheliche Kompanonen.

Ein Explosionsattentat in Stockholm, bei dem der Direktor Ståhberg im Auto getötet wurde, hat seine Klärung gefunden. Einer der beiden verhafteten Kompanonen des Taten hat ein Geständnis abgelegt. Beide haben gemeinsam den Plan gehabt, Ståhberg zu töten, und ihn mittels einer Salammunition auszuführen. Das Motiv war, den Minister für Arbeit und Soziales zu ermorden und einen Verfallungsbetrieb zu übernehmen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. März.

Höhere Bildung.

So manches Kind eines Arbeiters oder kleinen Beamten, das jetzt mitten von der Volksschule nachgedrungen in einen Beruf eintritt, erfüllt der Gedanke: könnte ich doch auch wie die Kinder besser gestellter Eltern nun noch weiter auf eine höhere Schule gehen und noch mehr lernen, d. h. auch noch eine bessere Bildung verschaffen. Der Wunsch ist bei einem begabten jungen Menschen nur zu verständlich. Hat er doch das "gute Jahr in der Oberklasse der Volksschule gerade gespürt, wie da eine Fülle von neuen Fragen an ihn herantritt, eine Welt neu gestaltet werden will, und wie in ihm selbst unabhingbare Kräfte bereit liegen, an allen diesen Fragen sich zu versuchen, Erkenntnissekräfte, Latenzkräfte, die zur Entfaltung drängen. Und da soll es nun, statt seinem Innern folgen zu dürfen, den ganzen Tag über am Schraubstock stehen oder hinterm Ladentisch oder bei sonst einer Arbeit, die es auch gern machen und gern lernen will, die es aber doch hindern wird, so viel zu lesen und zu verstehen und auszusprechen, wie es gern möchte. Denn abends ist es dann viel zu müde oder es hat noch Berufsschule — aber die ist heute noch kein voller Ersatz für das, was es braucht. Muß es da nicht mit einem gewissen Neid auf die höheren Schüler sehen, die auch mit vierzehn Jahren noch weiter frei und sorglos zur Schule wandern und so unendlich viel Zeit für sich haben — und sie oft so herzlich schicklich ausruhen. Gewiß es wird sehr viel Praktisches lernen und sich schon bald selbst Geld verdienen, während jene nur wissen, wie man es ausübt, und es wird ihnen über sein an mancher harten Erfahrung. Aber es spürt, daß sie ihm trotzdem überlegen sind und bleiben durch etwas anderes, das ihm verschlossen ist: die höhere Bildung.

Wir hängen nicht dem albernen Vorurteil nach, daß die höhere Schule den höheren Menschen mache. Wir wissen, was für innerlich armtägliche Geisteskräfte oft aus ihr hervorgehen trotz aller "Berechtigungen", die sie verleiht. Denn wahre Bildung, die das Leben verständig macht, ist ja nicht etwas, was man sich einpausen lassen kann, was man annehmen kann wie das Pferd oder der Hund eine Dressur. Es sind viele, die die höhere Schule nur dressiert, nicht gebildet. Bildung muß von innen her wachsen, man kann sie nicht machen, man kann ihr nur Nahrung geben. Und sie kann nur wachsen in einer Gemeinschaft geistig lebendiger Menschen, in Frage und Gegenfrage, in gegenseitiger Anregung aus gemeinsamer Verbrüdertheit an vorwärtsdringendem Leben. Und wir wissen, daß unsere höhere Schule von solcher wirklich bildender Lebensgemeinschaft sehr weit entfernt ist, daß es oft mehr ein Geist vergangener Zeiten ist, mit dem sie die jungen Herzen berührt — aber dafür ist ja sonst um sie her genug Leben, und so werden denn die Anregungen der Schule mit hineingearbeitet, oft in ganz anderem Sinne, als die Schule es will — aber darauf kommt es nicht an, wenn nur überhaupt inneres Leben da ist. Eins bleibt immer wertvoll, was die höhere Schule gibt: Zeit — Zeit zur Entfaltung der inneren Kräfte. Die Jugendlichen können selbst sich die Menschen, die sie als Helfer brauchen und den Stoff, den sie als Nahrung brauchen und nehmen beides, wo sie es finden, in und außer der Schule.

Es gibt heute schon höhere Schulen, die nicht mehr fertige Kultur eintrichern wollen, sondern stärker darauf bedacht sind, in wirklicher Lebens- und Arbeitsgemeinschaft eine neue geistige Welt werden zu lassen, ihr nicht bloß Zeit, sondern auch freien Weg zur Entfaltung zu geben. Da ist eine Aufbauschule in Berlin-Neukölln, hart von Proletariatskindern besucht, in der ein solcher Geist der Freiheit herrscht, in der jede Unterrichtsstunde jeder Frage offen steht und die Wege zum Wissen durch die lebhaftesten geistigen Bedürfnisse der Kinder selbst bestimmt sind. Der Lehrer tritt mitten unter den Schülern, jeder an seinem Tisch, nicht in enge Schulbänke eingezwängt, und in freiem Wechsel von Vortrag, Aussprache, Frage, Antwort, Beobachtung, Versuch, Gespräch werden die Dinge behandelt, denen die Schüler ein freies, natürliches Interesse von selbst entgegenbringen und von denen sie Kenntnis zu haben wünschen. Es kommen da die brennenden Fragen der Tagespolitik, der Wirtschaft, des Rechts, der Moral genau so zur Behandlung wie Fragen der Kunst, des Baues unserer Muttersprache und fremder Sprachen, der Naturbeobachtung und der Naturbeherrschung. Und der Geist proletarischer Elternhäuser und die Not proletarischer Lebenslage, die den Kindern immer gegenwärtig sind, sorgen dafür, daß hier nichts aufkommen kann von lebensfremder Klügelwärtigkeitsbildung. Man spürt in dieser neuen höheren Schule, daß hier Menschen wachsen können, die einmal den Segen wirklicher höherer Bildung an sich werden verspüren können, Menschen, fähig, eine neue werdende Zeit zu verstehen und ihr Wortführer zu sein, Menschen, die wirklich geistig arbeiten gelernt haben, Menschen, die einmal dem Proletariat werden Führer sein können in seinem Kampfe um bessere Lebensbedingungen.

In Breslau soll jetzt zu Ostern auch eine Aufbauschule eingerichtet werden. Es wäre zu wünschen, daß sie aus ähnlichem Geiste wachsen möchte. Eine Aufbauschule ist eine höhere Schule, die statt in neun Jahren in sechs Jahren bis zur Universitätsreife führt. Sie nimmt in ihre unterste Klasse nur Volksschüler auf, die schon 13 Jahre alt sind und die zweite Klasse der Volksschule durchgemacht haben. Sie ist also das, was wir für viele fähigere Kinder gerade brauchen, die höhere Schule, die auf der Volksschule aufbaut. Sie könnte also, mit Schulgeldbefreiung und sonstigen Vergünstigungen genügend ausgestattet, die höhere Schule für Arbeiterkinder werden — wenn die Arbeitereltern bereit sind, sich darum zu kümmern und dafür zu kämpfen, daß sie auch wirklich eine Schule in ihrem Sinne werde: eine Schule echter Bildung zu einem neuen zukunftstrendigen Geiste und zu einer neuen Gesellschaft.

Lohnsteuer-Erstattungsanträge 1925.

Aus dem Arbeitersekretariat wird uns geschrieben: Das Gesetz über die Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926 ist in den letzten Tagen viel besprochen und es sind auch die verschiedensten Auslegungen, die das Gesetz betreffen, veröffentlicht worden; dadurch ist teilweise Unklarheit in unsere Kollegenkreise hineingetragen. Es wird daher auf folgendes hingewiesen:

Das Gesetz ist nun im Zusammenhang mit einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 26. Februar angewandt. In diesem Erlaß ist zum Ausdruck gebracht, daß eine Befreiigung über die Höhe des bezogenen Arbeitslohnes nicht mehr beigebracht werden braucht, es ist lediglich nachzuweisen, daß der Antragsteller im Steuerjahr 1925 Steuern entrichtet hat. Die Finanzämter sollen bei Befreiigung der Unterlagen beschliffen sein.

Besonders hervorzuheben ist, daß eine Nachprüfung, ob der steuerfreie Lohnbetrag von 800 Mark voll gutgebracht worden ist, nicht mehr erfolgt.

Wenn also infolge Krankheit, Streik, Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ein Verdienstausfall zu verzeichnen ist, wird in jedem Falle ein Betrag zurückerstattet, soweit sich unten nichts anderes ergibt. Die Höhe der Rückzahlung berechnet sich wie folgt:

im Januar infolge Kurzarbeit	15 Tage
im Mai infolge Ausgrenzung	18 "
im Dezember infolge Arbeitslosigkeit	24 "

insgesamt also 66 Tage

oder elf volle Wochen.

Für jede dieser Wochen wird erstattet:

- a) wenn es sich um einen ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verheirateten Arbeitnehmer handelt, ein Betrag von 2 Reichsmark;

- b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 Reichsmark;
- c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 Reichsmark.

Zu beachten ist, daß bei der Schlußrechnung nur volle Wochen zugrunde gelegt werden, fünf und weniger Tage bleiben außer Anschlag. Desgleichen werden Beiträge unter 4 Mark nicht erstattet, auch nicht mehr, als an Steuern überhaupt abgeführt sind.

Der Antrag auf Rückerstattung kann etwa folgenderweise gestellt werden:

Antrag
des Schlossers Max Scholz
in Breslau, Leutchenstr. 10,
auf Rückerstattung zweier
gehälter Lohnsteuer.

In der Anlage übermittle ich meine Steuerkarte für das Steuerjahr 1925 und eine Lohnbescheinigung meines Arbeitgebers, aus der ersichtlich ist, daß ich im vorigen Jahre 68,75 Mark an Lohnsteuern entrichtet habe.

Gleichzeitig füge ich eine Bescheinigung über meine Ausgrenzung, eine Krankheitsbescheinigung der Allgemeinen Ortskrankenkasse, sowie eine Bescheinigung des Arbeitssachverständigen über meine Arbeitslosigkeit bei und beantrage:

Rückerstattung der im Jahre 1925 zuviel gezahlten Lohnsteuer.

Ich bin verheiratet und habe drei Kinder.
Ergebniß
gez. Max Scholz.

An das Finanzamt Nord in Breslau.

Eine besondere Vergünstigung steht den Kriegs- und Zivilbeschädigten zu und wird auf einen im "Reichsbund" erschienenen Artikel besonders hingewiesen.

Das Gesetz ist am 3. März in Kraft getreten. Auf Anträge, über die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht entschieden ist, soll dieses Gesetz Anwendung finden, unbeschadet darum, wann die Anträge eingereicht wurden. Die Finanzämter haben nach dem 3. März teilweise die alten Bestimmungen angewendet und diesbezügliche Bescheide erteilt.

Diese Art der Erledigung entspricht unserer Auffassung nach nicht den gesetzlichen Vorschriften und sind Schritte eingeleitet, um hier eine Klärung herbeizuführen. Es ist daher zweckmäßig, alle Bescheide, die nach dem 3. März erteilt und nach den alten Vorschriften erlassen wurden, zu sammeln und dem Arbeitersekretariat einzureichen.

Rechtsmittel gegen die Bescheide wolle man vor Klärung der Sachlage nicht einlegen, da nach § 256 der A.O. dem Steuerpflichtigen die Kosten eines von ihm eingelegten Rechtsmittels auferlegt werden können, wenn dieses Rechtsmittel im endgültigen Ergebnis erfolglos ist.

Die Anträge auf Erstattung müssen bis zum 30. April 1926 eingereicht sein.

Die Frist für die Einlegung eines Rechtsmittels beträgt einen Monat.

Das Arbeitersekretariat befindet sich im Gewerkschaftshaus, Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 32, und ist geöffnet von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Ursache und Wirkung.

Ein Leser schreibt uns:
Am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, lese ich die klare Meldung von dem Vorstoßler a. D. Karl Neugebauer. Ich dachte etwas nach und ging sofort zu mehreren alten Kennern, und fragte sie: "Wartet Ihr schon ein Schreiben?" Sie hatten wenig Lust. Ich redete ihnen zu, und sagte: "Wenn Ihr nicht ein Schreiben geht, könnt ihr keine Rente bekommen, denn da hat es dann kein Geld mehr, die Kürzen nehmen uns alles ab." Da lag es sie: "Da müssen wir gehen." Natürlich habe ich sie begleitet. Also drei Unterschriften gerettet, durch die Klause Idee des Karl Neugebauer.

Unsere Frauenversammlungen.

Die am 15. März stattgefundenen Frauenversammlungen unserer Partei waren durchsichtlich sehr gut besucht. Das darf wohl als besonders gutes Zeichen der wachsenden Erkenntnis des politischen Lebens bezeichnet werden. Das Eingreifen der Frauen in die Diskussion der einzelnen Themas ist ein Beweis, daß ein großer Teil der Genossinnen bemüht ist, sich Kenntnis auf den verschiedensten Gebieten zu verschaffen und sich darin fortzubilden. Aus dem Rahmen der allgemeinen Veranstaltungen fiel die Frauenkundgebung am Mittwoch, den 10. März, im Zentralballsaal, Internationales Frauenrecht und Frauenforderungen" war das Thema, was von Genossin Floßmann-Wien behandelt wurde. Das große Interesse, was diesen Ausführungen entgegengebracht wurde, bewies der Beifall. So ist und muß auch die proletarische Frau innerhalb unserer Bewegung bemüht sein, ihre Kräfte mit in den Dienst der Sache zu stellen. Wenn hier am Orte die Stimmen des Volksbegehrens eine beachtenswerte Zahl erlangt haben, so haben wir das zu einem großen Teile der intensiven Mitarbeit unserer Frauen als Funktionärinnen usw. zu verdanken.

Die erste Etappe dieses Volkstempes ist erledigt und darüber hinaus befehlt schon von heute ab die Verpflichtung, auch in den Reihen der indifferenten Frauen bezüglich der Aufklärung weiter zu arbeiten. In immer umfassenderer Weise muß ihnen

der Besuch zu unseren Veranstaltungen in kleinen Zirkeln, wo darüber hinaus in den großen Versammlungen, empfohlen werden zu dem Zweck, sich später unserer Bewegung anzuschließen. Wie gut dieses Moment etliche Distrikte zu erfassen verziehen, bezugen die schon bis jetzt abgegebenen Bestellungen für die "Frauenwelt", desgleichen auch die Aufnahmen für die Partei. Trotz der Schwere der Zeit darf auch bei den Frauen nicht vergessen werden, ein Scherlein für die riesigen Kosten des Volksbegehrens zu sammeln. Sorgt auch für Frauen für die notwendigen Kampfmittel. Stärkt diese gewaltige Wahlkampagne!

Ueber „Die Krise der Arbeiterbewegung“

spricht am Mittwoch, den 24. März, im Breslauer Bund republikanischer Akademiker Prof. Dr. Bonn Berlin, der als Sachverständiger der deutschen Delegation in Genf angehört. Der Vortrag wird gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. auch Nichtmitgliedern zugänglich sein.

Durch die Nahrungsmittelkontrollstelle des Polizeipräsidentiums

wurden im Monat Februar von 241 zur chemischen Untersuchung angekauften Proben von Vollmilch, Buttermilch, Magermilch, Büchsenmilch, Butter, Käse, Wurst, Hackfleisch, Speiseöl, Hefe, Honig, Malzflusse, Trinkenbranntwein, Petroleum, Emalldöpfe, Kinderflaschenlauge und Brunnenwasser 16 Proben Vollmilch, die entrahmt, 4 Proben Vollmilch, die gewässert, und 12 Proben Vollmilch, die erheblich mit Kuhst. verunreinigt waren, 5 Proben Butter wegen zu hohen Wasser- bzw. Kohlenstoffgehalts, 3 Proben Trinkenbranntwein wegen zu niedrigem Alkoholgehalts, 1 Probe Brunnenwasser, weil zum menschlichen Genuß ungeeignet, und 1 Probe Hackfleisch, weil künstlich gefärbt, beanstandet. Auf Sauerkeit wurden 581 Fleischereibetriebe, 227 Bäckereien, 385 Schankwirtschaften und 798 andere Lebensmittelgeschäfte kontrolliert und hierbei 19 Gewerbetreibende wegen gesundheitlicher Uebelstände, 8 Schankwirte wegen schmutziger Bierleitungen und Spülwannen, 3 Milchhändler wegen Verkauf von Waren, die beim Milchhandel nicht zugelassen sind, 10 Geschäftsinhaber wegen Verkauf von Waren über die Strahe während der gesetzlichen Sonntagsruhe und 13 andere Gewerbetreibende wegen verschiedener anderer Uebelstretungen zur Anzeige gebracht. Erhebliche Verunreinigungen durch Tierkot konnten in von auswärts gelieferter Vollmilch in 3 Fällen festgestellt werden. Die Milch stammte von Viehhaltern der Orte Prof. Lehmann, Kreis Schweidnitz, Schmolz, Kreis Breslau, und Marschwig, Kreis Neumarkt. Beschlagnahmen wurden 25 Kilogramm Fleisch, weil nicht tierärztlich untersucht, 19 Hahnen, die hier eingeführt und nach der Schonzeit nicht plombiert waren, sowie 1 Tafelwaage mit 6 Gewichten, die nicht nachgeprüft waren. Außerdem fanden 170 schriftliche Gefüge der Gerichte und anderer Behörden ihre Erledigung.

Für die Ausgestaltung des Bebelplatzs.

Neben vielen anderen Gelegenheiten bestehen wir in den gesunden, unverdrängten Grünanlagen des Bebelplatzs, in der dicht besetzten Westvorstadt, die Möglichkeit einer wichtigen, seines Namens würdigen, Volkspark zu schaffen. Ein solcher Volkspark wie der Bebelplatz darf nicht aus Fild- und Stückerwiesen entstehen. Einseitlich, künstlerisch und harmonisch gestaltet wie ein Freizeitmuseum müßten sich um eine große von Bäumen und einer Promenade umrahmten Rasenfläche verteilen: Turngelegenheiten im Freien, mit Turngeräten, für Geschlechter getrennt, ein Schwimmbad im Winter, Gärten, eine Wellenbahn, Turnhallen mit Brausebädern, weitläufige Versammlungshallen zur Abhaltung von Sportfesten und Sportvorführungen, Wärdagen, Gesellschaftsräume für Debattiervereine und Nährtränken, Zeitschriftenlesezimmer und Bibliothek, Ferner Bänke, Kuchebänke, Kinderpark- und Sandspielfläche mit Schaukeln, Rutschbahn, Rundlauf, einem Wasserbecken zum Waten, Sand- und Sonnenbädern, Trinkenbranntwein und Milchhäuschen. Der Volkspark muß wohlorganisiert, den ganzen Tag geöffnet sein, zur völlig unentgeltlichen Benutzung; dem Großstadtkinde ein Ersatz für die freie Natur.

Wie der große Mann, August Bebel, in jünger Arbeit unsere Volksgenossen erzog, mit ihm für Freiheit und Gleichheit zu kämpfen, so soll auch der Park zu seines Namens Gedächtnis, der Bebelplatz, unsere Kinder erstarren lassen zu aufrechten, graden Menschen, zur Erhaltung der erlangenen Volkspüter!

Vorfrage dagegen tut rot, daß Le-Besübungen ausarten durch fortgesetzte Kampfspiele und somit herab auf die Niedrigkeit von Pferde-ritten, Sechsstangenrennen und Stierkämpfen sinken. Nur planmäßiger Betrieb der Leibesübungen, Gegenseitigkeits- und Gesellschaftsspiele, sind förderlich und erforderlich!

Die Schaffung eines solchen Spielplatzsystems, eines Volksparks, müßte den Ehrgeiz weitest Volkstreife in Anspruch nehmen! Es ist an der Zeit, daß die Artikel der Reichsverfassung, die von der vorbeugenden Fürsorge zur Förderung der Leibesübungen handeln, in die Tat umgesetzt werden!

Kraftst. Ernst Kleemann.

Invaliden-Versammlung.

Am 10. März fand im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands statt. Die Versammlung konnte als gut bezeichnet werden, denn der Saal war überfüllt und viele mußten wieder umkehren, da kein Platz mehr vorhanden war. Unter 2. Vorsitzender, Kollege Kravjowski, eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kollegen Beier das Wort zu seinem Referat: „Die Invaliden, der Reichstag und die Fürsten“. Der Referent zeigte in seinen Ausführungen deutlich und klar, was man heut den Invaliden für Renten zahlen und was unsere geliebten Landesväter für Ansprüche an uns stellen. Es wurde darauf hingewiesen, wenn für die Rentner die Regierung etwas auslegen soll, einfach erklärt wird, daß für diese alten verbrauchten Leute kein Geld vorhanden sei, auf der anderen Seite aber den Renteuren das Geld geben will. Nach einem dreiviertelstündigen Vortrag wurde dann in die Diskussion eingegangen und noch verschiedene Fragen über das Einzelne erörtert. Am Schlußwort forderte Kollege Beier die Anwesenden, die sich noch nicht in die Listen eingetragen haben, auf, sofort nach Schluß der Versammlung in die Postamt-Turnhalle zu gehen und dort ihrer Pflicht nachzukommen. Diese Aufforderung wurde mit großem Beifall begrüßt und verworben, es zu tun. Die Versammlung wurde um 1/4 Uhr geschlossen. Als man nun in die Turnhalle man tatsächlich legen, wie nun die Arbeitslosen in die Halle strömen, um sich einzusetzen. — Die nächste Versammlung ist für den 25. März am 8. April um 2 Uhr in den „Hubertusplatz“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32. — Die für den 12. April im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses um 2 Uhr.

Ein wunderlicher Heltiger.

Am 16. und 17. März hielt der feilbere Schweizer Lehrer Zimmerman in der Viktoriaschule in der Rüdigerstraße zwei Vorträge über den „Weg aus der heutigen Not“. Am ersten Abend entwickelte der Redner einen Sozialismus, wie er ihn aufbaute und wie ihn die sogenannte „Reinlichkeitsbewegung“ verabscheit. Ungleich interessanter war dagegen der zweite Vortrag, der über die private Lebensweise von Zimmermanmanns Aufschluß gab. Er ist nämlich nicht nur freier Intellektueller, und Naturfreund, sondern auch Vegetarier und Vegetarier, er hat nur naturgemäße Lebensmittel auch in Bezug auf die Kleidung. Seine Lehren seien hauptsächlich Fröhen, Heiterkeit, Bescheidenheit und andere ähnliche Dinge, die er unpausend gelehrt, meist auch durch das

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heut abend und Sonnabend von 7 - 9 Uhr!

Freies Volk
in Film
der Republik
Vorverkauf für alle Plätze
und Zeiten im Vorraum des
Gewerkschaftshauses
für den proletarischen Großfilm:
254

„Freies Volk“
Spieltage: 25. 26. und 27. März — Vorstellungen um 4 Uhr für Erwachsene und deren Frauen, 6½ und 9 Uhr — Preise: Erwachsene und deren Frauen mit Ausweis 25 Pf., Erwachsene 50 Pf. auf allen Plätzen.

Der Film ist nur für Erwachsene frei. In Bayern wurde er bereits verboten.

Kochhoff verfürzt werde. Wo es sich ermöglichen lasse, lasse er auf Stroh unter freiem Himmel unter einem Schirmen...

Eine zahlreiche Zuhörerschaft kochte mit Aufmerksamkeit diesem Naturkapitel und Westendbummler, der in sehr anziehender...

Zimmer zur Landwirtschaftsausstellung gesucht.

Der Verkehrsverein Breslau schreibt uns: Die große Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft...

Bei der großen Zahl der zu erwartenden Fremden kommen alle Stadteile dafür in Betracht, besonders auch die weitlichen Stadteile...

Da die Einrichtung der Zimmer besprochen und die Mietbedingungen gegen Anerkennung ausgearbeitet werden müssen...

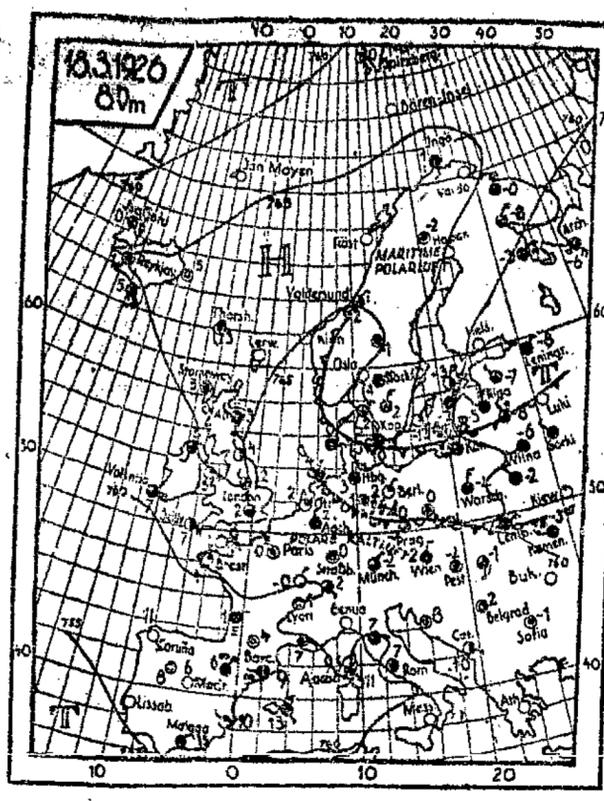
Zur Verarbeitung der erforderlichen Tausend Zimmer ist umgehende Anwerbung unbedingt notwendig.

Ein falkischer Gasabfeger.

Der 39 Jahre alte Glasmonteur Felix Reichel aus Breslau fand nach dem Kriege den Weg ins bürgerliche Leben nicht mehr zurück.

Ursachen und Wirkungen sozialer Verhältnisse.

Die Aufwindung dieses ungewöhnlichen Vortragstoffes und der Umstand, daß eine Dame, nämlich die Leiterin des Mädchenschulvereins...



Umläufiger Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieten bei Breslau.

Die gesamte Lage vom Eismeer bis nach den Küsten des Atlantik und des Mittelmeeres hat sich weiterhin gefestigt. In der nordwestlichen Ecke...

Das Wetter im Gebirge.

Schneehöhe: 86 Zentimeter Gesamtschneehöhe, minus 10 Grad wolkig, Ross 4, Krummhübel: 5-8 Zentimeter Schneehöhe...

Seite abend, 8 Uhr spricht der Kollege Otto Heßler-Berlin über: „Jungarbeiterchaft und Frühling“ im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17.

lingen, über die Landstreicher (nicht zu verwechseln mit den wandernden Handwerksleuten). Willensschwäche, durch Gemüthsart ererbte völlige Arbeitsunlust...

Wit den Landstreichern jagt die Rednerin noch in Parallele die Prostituierten, d. h. alle die, welche aus der Geschlechtsbeziehung ein Geschäft machen...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Nummer 36

Abendkassen für weibliche Funktionäre. Anlässlich der Vortragsarbeit gewonnen: 5 Beitrittskarten „Frauenwelt“ durch Genossin Bje...

Freiwilligkeitskassen Jugendpartei. Heute abend um 8 Uhr spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses der Kollege Otto Heßler...

Arbeiterjugend. Die Heimabendkassen fallen heute abend aus. Wir teiligen uns alle an der „Frühlingsfeier“ des freiwilligen Jugendpartei...

Sozialistische Arbeiterjugend. Bezirk Sandtor (Heime 3, 14, 15 und 16). Wir treffen uns heute abend, pünktlich 7 1/2 Uhr vor der Vorderschule...

Bon den Arbeiterkinderspenden. Konfirmanden. Alle Mädels und Jungen, die an unserer Vorbereitungsunterricht teilgenommen haben...

Gruppe 3. Die Kinder, die die Einladungen vertragen treffen sich Sonnabend zwischen 2 und 3 Uhr bei Genossen Fischer...

Bereinstalender. Achtung, Zimmerer! Interessenten für einen technischen Kursus versammeln sich Sonntag, vormittags 10 Uhr...

Wandererklub, Wandergesellschaft Breslau. Gruppe der Träger. Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 9/10...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Freiwillige Jugend. Freizeitsportklub. Sonntag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Zimmer 7/8...

Wirtschaft.

Was ist eine Bank?

In der kapitalistischen Wirtschaft sind die Banken Vermittler des Kredits. Sie kaufen Geldkredit, dessen Preis Zins, und verkaufen Kreditgeld, dessen Preis höherer Zins von der Bank so werden, mehr als nur Zins ist. Damit Zins von der Bank so wohl gegeben, wie genommen werden kann, muß das Kreditgeld anstragend, also Mehrwert bringend, angelegt sein. Die Bank verwandelt demnach vermitteltes Geld in Kapital. Sie spielt eine Doppelrolle. Dem Kreditgeber gegenüber ist sie Verwahrerin des ihr anvertrauten Geldes. Ihm tritt sie gegenüber als bloße Treuhänderin der ihr zur Aufbewahrung und Verwaltung übergebenen Depots. Die Bank verwandelt aber Geld in Kapital, indem sie es den produktiven Kapitalisten zur Verfügung stellt. Sie legt also die ihr als Treuhänderin anvertrauten Gelder den Schwärmern und Stürmern der Kapitalbewegung aus.

Die Bank verwandelt Geld entweder in Umlaufkapital oder in festes Kapital. Der Umlaufspruch des Kapitals liegt bei dem einen Kapitalisten zeitweilig Geld frei, während bei dem anderen zeitweilige Bedürfnisse nach Geld entsteht. Indem die Bank den Umlaufkredit vermittelt, wird das Geld des einen Kapitalisten zu Kapital beim andern Kapitalisten. Die Kreditvermittlung der Bank bewirkt also, daß der Teil des Gesamtkapitals, der sonst als Geld in den Schränken der einzelnen Kapitalisten festgehalten würde, der Gesamtheit der Kapitalisten als Umlaufkapital zur Verfügung steht. Das feste Kapital dagegen dient nicht dem Warenverkauf, sondern der Warenproduktion, ist bestimmt, zur Erneuerung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel verwendet zu werden. Der Preis des festen Kapitals kehrt erst allmählich im Preise des Produkts zum Unternehmer zurück. Kredit für feste Anlagen ist daher, im Gegensatz zum Umlaufkredit, Kredit für längere Frist. Mit der Entfaltung des Kapitalismus wächst der Umfang des festen Kapitals. In gleichem Maße wächst aber auch die Schwierigkeit für die Banken, einen Teil der ihnen überlassenen Gelder stets zur Abhebung bereitzuhalten, also in barem Gelde vorrätig zu haben.

Diese Schwierigkeit ist um so größer, als der Kredit, den die Banken erhalten, in seiner Gesamtheit kurzfristiger ist, als die Gesamtheit der Kredite, die sie geben. Das Kreditgeld stammt zu einem Teil aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß und ist bestimmt, immer wieder dahin zurückzukehren. Zum andern Teil — und das ist der größere — sind die den Banken anvertrauten Gelder nicht-konsumierte Einkommensteile nicht-kapitalistischer Schichten, des städtischen und ländlichen Kleinbürgers und der Arbeiterklasse. Es sind Spargelder, bestimmt, dem Konsum allmählich zugeführt zu werden.

Die Banken unterscheiden sich nach der Herkunft der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder. Die Banken im Sinne des Sprachgebrauchs dienen vornehmlich der Aufnahme von Geldern, die aus kapitalistischen Unternehmungen stammen. Der Aufnahme von Spargeldern dienen vornehmlich Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsanstalten, Genossenschaftsbanken. Die Grenzen sind indessen flüchtig. Am wenigsten bei den Sparkassen, am meisten bei den Banken im eigentlichen Sinne des Wortes, deren mehr oder weniger Gelder aus allen Gesellschaftsschichten fließen. Die Spargelder sind ihrer Natur nach besser für dauernde Anlagen geeignet, als die aus dem kapitalistischen Umlaufprozeß stammenden und für ihn bestimmten Gelder. Deshalb verwenden die Kreditinstitute, die Spargelder aufnehmen, diese in feste Anlagen, während die Bankkredite des Umlaufkredits durch Wechselkredit, Lombard usw. den eigentlichen Banken vorbehalten ist.

Für beide Arten von Banken besteht aber die Schwierigkeit, das Liquidationsproblem zu lösen, das heißt, stets das richtige Verhältnis zwischen festen Anlagen und Mitteln zur Abhebung vorstehenden Mitteln innezuhalten. Dieser Schwierigkeit begegnen sie durch zwei Mittel:

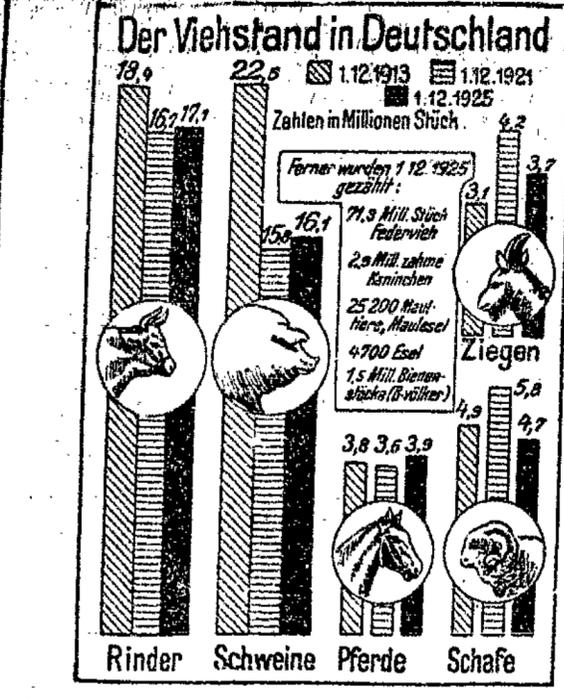
1. Sie machen die festen Anlagen durch Wertpapiere für sich flüssig, die an die Stelle von barem Geld treten oder durch Veräußerung in bares Geld verwandelt werden können.
2. Die Banken stellen durch Erfahrung fest, welcher Prozentsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder durchschüttlich bar zur Abhebung bereitliegen muß bzw. welcher Prozentsatz in Mehrwert bildendem Kapital angelegt sein darf, ohne daß die jederzeit erforderliche Liquidität in Frage gestellt wird. Schon das bloße Bewußtsein der Depotinhaber, daß ihr Geld bei den Banken sicher aufgehoben ist, vermindert die Abhebungen, besonders in kritischen Zeiten, und erleichtert es den Banken, das Problem der Geldflüssigkeit zu lösen.

Mit der Frage der Liquidität hängt die Frage der Sicherheit zusammen. Die Sicherheit der bei den Banken deponierten Gelder hängt ab von der Sicherheit der Unternehmungen, in denen das von den Banken ausgeliehene Geld als Kapital arbeitet. Die den Krediten der Sparkassen unterliegenden Wertpapiere sind durch Pfänder gesichert. Die Anlage von Spargeldern erfordert ihrer Natur nach eine größere Sicherheit. Andererseits eignen sich die Spargelder am besten für dauernde und dem Wechsel der Konjunktur wenig unterworfenen Anlagen, wie ländlichen und städtischen Grundbesitz, öffentlichen Besitz (Hypotheken, öffentlichen Anleihen), die als Pfandbesitz dienen können. Je größer die Sicherheit des Kredits, desto niedriger sein Preis. Die Sparkassen erhalten für den von ihnen gewährten Kredit nur Zins, wenn auch mehr Zins, als sie den Sparern zahlen.

In den Händen der eigentlichen Banken konzentriert sich die Aufgabe von und der Handel mit Aktien. Die Banken werden damit zu den eigentlichen Kreditgebern der Industrie. Der Preis für den industriellen Kredit der Banken ist nicht nur Zins, sondern mehr als Zins; sie nehmen am Unternehmerprozent teil. Es gehört aber zum Wesen der Banken, daß die bei ihnen angelegten Gelder sicher sind oder doch dazu anzuwenden werden. Die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft außer sich im Wechsel von Konjunktur und Krise. Aber nicht alle Industriezweige werden gleichzeitig und gleichmäßig von guter oder schlechter Konjunktur erfaßt. Die Banken müssen also, soll die Gesamtheit ihrer Kredite trotz Unsicherheit einzelner Kreditnehmer sicher bleiben, ihre Kredite auf die Gesamtindustrie ausdehnen, damit ein Risikoausgleich zu ihren Gunsten stattfinden kann. Der gegenseitige Risikoausgleich der einzelnen Industriezweige zugunsten der Sicherheit der Banken findet in dem Maße statt, wie die Banken als Kreditgeber einzelner Industrieunternehmer oder Industriezweige zu Kreditgebern der Gesamtindustrie werden, das Kreditmonopol der Industrie in die Hand bekommen. Daher die Anspannung der kleineren Banken durch die großen, die Konzentration im Bankwesen.

Mit dem Fortschreiten der Konzentration im Bankwesen erhalten die Banken das Monopol auf dem Aktienmarkt. Das ermöglicht ihnen einen Einblick in und einen Überblick über die Gesamtheit der Industrie. Sie vermeiden einseitigen zu erkennen, was der Höhepunkt der Hochkonjunktur oder der Tiefpunkt der Krise erreicht ist. Sie können also im günstigen Zeitpunkt Aktien kaufen und sie im günstigen Zeitpunkt verkaufen und das Risiko auf die abwechselnd die im ungünstigen Zeitpunkt kaufen und im ungünstigen Zeitpunkt verkaufen. Das ist der „kleine Mann“, der aus einem Brocken von den Spekulationsgewinnen der Großen zu erhöhen wünscht. Er ist der letzte, den, wie die Böse wie die Hunde beißen.

In dem Maße, wie es den Banken gelingt, durch Anwendung des Aktienmonopols das Kreditmonopol der Industrie in die Hand zu bekommen, wächst ihr Anteil am industriellen Profit andererseits die Banken haben Anteil an dem Gewinn. Das geschieht dadurch, daß die Banken die Steuern bei der Konzentration und Expansion des Kapitals beschleunigen. Sie drängen zur Bildung des Monopols in der Industrie, indem sie die Konzentration besonders begünstigen und erlauben damit deren Profiten und damit ihren eigenen Profitten. Sie behaupten vor dem Gesetz, daß der industriellen Profit des kapitalistischen Grundbesitzes durch Kapitalgebern der Industrie den Weg zur Konzentration in Kapitalisten noch zurückzuführen sei.



(Finanzierung der Saadabahn durch die Deutsche Bank unter Führung von Hesse). Die Großbanken haben einen wesentlichen Anteil an der Bildung des halbkapitalistischen Agrar-, Industrie- und Finanzkapitalismus, wie er in Deutschland vor dem Kriege bestanden hat. Das Erbe, das der wilhelminische Imperialismus gelassen hat, zeigt, daß die Sicherheit der Banken kurzfristig und trügerisch war. Die Art, wie diese Sicherheit erreicht und das Risiko abgewälzt wurde, führte zur äußersten Unsicherheit und zum schließlichen Verlust der den Banken anvertrauten Gelder (Insolation).

Die durch Vermittlung der Banken erfolgte Enteignung hat zwar die unmittelbar davon Betroffenen, die Eigentümer der ihnen anvertrauten Gelder geschädigt, aber die Monopolstellung der Banken nicht geschwächt, sondern gestärkt. Sie wußten sie aus, um die Industrie unter ihre Botmäßigkeit zu bringen und sich einen hohen Anteil am Gesamtprofit zu sichern. Die Einengung des Geldmarktes hat die Finanzierung der Industrie durch Ausgabe von Aktien in den Hintergrund gedrängt. Für die fehlenden Emissionsgewinne entschädigten sich die Banken durch desto höhere Zinsen für kurzfristige Kredite. Ihr Anteil am Gesamtprofit ist höher als vor dem Kriege. Bei dem Versuch, durch Betriebsstillegungen einen Abbau der Löhne durchzuführen, sind die Banken der treibende Faktor. Sie wollen ihren Anteil am Ertrag der Ausbeutung dadurch sichern, daß sie die Ausbeutung verhängen. Auch diese Methode der Sicherung ist kurzfristig, denn sie führt dazu, die Unsicherheit der Gesamtwirtschaft zu erhöhen.

Aufgang der tschechischen Konkursziffer. Die Zahl der Aus-gleichsverfahren in der Tschechoslowakei hat sich im Februar gegenüber dem Januar erheblich vergrößert. Nach Mitteilung des Statistischen Gesamtsamtes gelangten 201 Ausgleiche zur Annahme (im Januar 236), hiervon in Böhmen 100 (122), Mähren und Schlesien 60 (72), Slowakei 37 (33) und Karpa-torland 4 (9). Die Aktiva betragen sich mit 37,3 Millionen und die Passiva mit 67,6 Millionen. — In dem gleichen Monat wurden 40 Konkurse angemeldet (im Januar 41), davon in Böhmen 25 (15), Mähren und Schlesien 13 (22) und Slowakei 2 (9). In 24 Fällen betragen die Aktiva rund 4 Millionen und die Passiva 7,9 Millionen Kronen.

Genossenschaftswesen

Wenn der Bürgermeister Genossenschaftler ist... Eine ausgemachte Unpersönlichkeit hat sich dieser Landeszentrale des badischen Einzelhandels, Karlsruhe, bei der Verbandsleitung dieser Krämerorganisation hatte, daß der Bürgermeister der Gemeinde Maulburg (Baden) führender des Ausschusses des dortigen Allgemeinen Konsumvereins ist. Dieser ganz zu Recht bestehenden benutzte die genannte Verbandsleitung zu einem am Gemeinderat von Maulburg (Baden) gerichteten Schreiben, fühllich die Frage gestellt wird, ob sich die genossenschaftliche Tätigkeit des Bürgermeisters mit den Pflichten eines Gemeindevorstandes vereinbaren ließe. Und nach einigem Gerede von der einen Seite, „legitimem“ Einzelhandels wird in aller Unvermeidlichkeit „bringend“ gebeten, diese Angelegenheit im dortigen Gemeinderat zur Sprache zu bringen und dafür zu sorgen, daß der Bürgermeister das Nebenamt als Vorstand des Konsumvereins möglichst umgehend niederlege. Zu dieser Forderung merkt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, sie hofft die Antwort des Gemeinderats und des Bürgermeisters ausgefallen sei, wie es im gemüthlichen Lande Baden nur ist. So etwas an Anmaßung sei lange nicht dagewesen. Der Herr Bürgermeister Vorsitzender einer Kleinhandelsorganisation, dann hätten die Karlsruher Protestler natürlich Mund nicht aufgetan.

Soziale Betätigung der Konsumvereine.
Der Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgebung leistet im laufenden Geschäftsjahre besondere soziale Hilfe. Beihilfen an gemeinnützige Organisationen, Unterstützung erwerbsloser Mitglieder, für Brotverbilligung und Unterstützung Todesfällen im Gesamtbetrag von rund 76 000 Mark.

Breslauer Produktenbörse.
Tägliche amtliche Notierungen (100 kg) mittlerer Art und Güte der letzten Woche bei isorischer Bezahlung.

Getreide	18.	17.	Restanten	18.
Weizen 74 kg*	24,20	24,20	Wintererbsen	—
Roggen 71 kg*	15,00	15,50	Winterrapen	—
Hafer - neuer	16,50	15,50	Semmelmais neu	—
Braugerst-neu	15,50-	15,50	Haupflaat	—
Wintergerste	14,50	14,50	Wohn, blau neu	—

* Getreide - ham. Effektwert.
Speisekartoffeln (je 50 kg). Rote 1,10, weiße 1,10.
Fabrik-Kartoffeln für das Projekt Stärkegehalt 0,07.
Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel vor sich für 100 kg Parität Wagon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	18.	16.	18.	16.
Weizenkleie	9,50-11,00	9,50-11,00	Malzkeime	9,75-10,75
Roggenkleie	8,75-9,75	8,75-9,75	Trockenschrot	8,50-8,90
Veinhülsen	20,50-21,50	20,50-21,50	Weizenkleie	—
Rapsrüben	15,00-16,00	15,00-16,00	metalle %	—
Palmensüßholz	13,50-14,50	13,75-14,50	Biertröber	—
Gesamtsüßholz	—	—	metalle %	—
Kolossüßholz	—	—	Walnüsse	—
Palmenstroh	13,00-14,00	13,00-14,00	metalle %	—
Reisströhrenmehl	24 %	11,50-12,50	11,50-12,50	17,75-18,75
Kartoffelstroh	14,50-15,50	14,50-15,50	Sojabohnen	ca. 44 %
Biertröber	13,00-14,00	13,00-14,00	ca. 44 %	20,50-21,50

Gerstenkleie 10,50-12,50.
Sonnenblumenkuchen (46 %) 15,25-16,25.
Baumwollsaatmehl (50 %) —
Erdnusskuchen (50 %) 19,50-20,50.

Lebensmittel- und Feinstoff-Großhandlung

Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Unter dem Zeichen des Preisab-haues biete ich als ganz besonders billig an:

Schnittbohnen, gute Ware	per 2 Pfd.-Dose	0,66, 0,53
Spinat, per 1 Pfd.-Dose		0,25
Gewürztes Gemüse		0,80
Pflücklinge		1,10
Steinpilze, Ia		1,58
Kohlrabi, in Scheiben mit Grün		0,45
Geschälte Karotten		0,43
Schoten	0,80, 0,90, 1,40, 1,90, 2,20	
Stangenpapagei	3,00, 3,50, 3,75	
Prima Prime Apfelsäure		0,68
Pflaumen, blau mit Stein		0,62
Pflaumen, blau ohne Stein		0,59
Süßholz, 1/2 Frucht, extra Klasse		1,38
Stachelbeeren		0,95
Süßholzwurzel		1,80
Aprikosen, 1/2 Frucht		1,68
Pflaume, 1/2 Frucht		1,85
Neger Mirabellen		1,25

Warmeladen

Habe ich nochmals einen großen Posten bezogen und biete unverändert an:

- Bierstraß-Warmelade per 2 Pfd.-Eimer 0,70
- Zweitische-Warmelade per 2 Pfd.-Eimer 0,75
- Aprikosen-Konfitüre per 2 Pfd.-Eimer 1,70

Alle anderen Lebensmittel und Feinstoff-Kräfte zu denkbar billigsten Tagespreisen bei nur feinsten und einwandfreien Qualitäten. 11054

Vertrieb u. Versand sowie Albrechtstr. 56
Postfachkonto: Breslau 9599

Unlust und Depression!

Müdigkeit, Abspannung, Unlust, Depression und Kränklichkeit kennen Sie nur noch vom Hörensagen, wenn Sie

Dr. Schröders Aufbausalz

ständig im Gebrauch haben. Dem Wohlbefinden und Wert nach gibt es nur ein Aufbausalz nämlich: Dr. Schröders Aufbausalz. Es enthält nicht ca. 0,5 Salz, sondern die 12 lebensnotwendigen mineralischen Salze, die zur Gesundheit und zum Organ-Aufbau notwendig sind. Nur 12 Salze und nicht eines weniger können ihren Zweck erfüllen. Alle diese wichtigen Nährsalze finden Sie nur in

Dr. Schröders Aufbausalz

mit dem Kennzeichen Paul Packung-Fiasco:

2x1 Preis Dr. Schröders = 1 ganze Leber-Aufbausalz

Kleinkur 1,20 Großkur 3, —
In Apotheken und Drogerien zu haben.
Vitamin-Nährsalz-Ges. m. b. H. Hamburg 3)

Generalvertrieb: Felix Mittmann,
Breslau, Ohlauer Straße 81, Amt. Ohls 1919.

Schnäpfcittel, 2-10 Pf., Lippert, Helmstr. 16. 10915

Sofort Geld!

Leihamt Rother
Albrechtstraße 43, I.
Leihweise elegante

Rad- u. Motor-Anzüge

H. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Zu der „Bollwacht“ haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Druckerei Volksmacht

fertigt moderne Druckfächer
Breslau 2, Kurstr. 4/6

Wohnungen

Wohnungstausch!

Biete sonstige 1 u. 2-Zimmerige Partee-Stube. Suche etwas höher gelegene Stube und Küche. Offerten unter 1342 an die Bollwacht, Breslau III, Pl. Graupenstr. 6.

Kleine Anzeigen

sind komplett gratis. Anzeig. u. Verkäufte, Kaufz. suchen u. a. nur von Privat. West. 3 Pf., 1 u. 4 Pf. anzeig.

Gut erhalt. geb. Fahrrad. per Stück billig. Kaufmann, Kurstr. 42. 174
Geb. Damenfahrrad billig zu verkaufen bei Kiebohn, Kurstr. 60. 170

Hut-Haus Hanke

Inh.: Johannes Teesmer
Friedrich-Wilhelm-Str. 23
Die große Frühjahrs-Mode 1926
in Herrenhüten und Mänteln

Beim Einkauf von Möbeln

berücksichtigen Sie stets auch meine Firma, da ich auch in der schlechtesten Zeit meine Leute vollbeschäftigt habe

Panorogol, Möbelfabrik

Matthiasstraße 55

Beseitigt die Mindernisse des Sprachbrankens! Lernet die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Proletarier!

Such bei Freiligraths Tochter.

„Es steht ein Haus im Grünen,
Ein kleines, blaues Haus.
Das sieht mit heiteren Mienen
Weit, weit ins Land hinaus.
Ein Gärtchen traut umschmiegt es,
Und daß ihr's finden könnt:
Im lieben England liegt es,
In Forest Hill in Kent.“

Diese Berge Freiligraths, die er seiner damals jung verstorbenen Tochter Louise von Deutschland aus nach England mitbringen mir durch den Kopf, als ich, nach einer Wanderung durch das Hinter einer Hafelstoppel das weiße Häuschen von Freiligraths Tochter leuchten sah, mit seinen grüngeblühten Rahmen und seinen großen, freundlichen Fenstern. Es ist mehr das Häuschen in Kent, das Ferdinand Freiligrath in unergessenen Besuchen hat — aber es ist derselbe Friede und heitere Frieden, der das alte Haus in Forest Hill nicht haben muß. Forest Hill ist heute längst ein Teil von London geworden, eine graue Vorstadt, aus der täglich Tausende nach dem Zentrum Londons und den Büros der Londoner City fahren; unter ihnen auch der — außer seinem Namen — einzige überlebende Träger des Namens Freiligrath, des Dichters Enkel, der noch heute hier lebt, mit der Frau, die zugleich seine Cousine und, wie er, ein Enkel des Dichters ist. Das Gefühl der heiteren, ruhigen Beschränkung wird noch stärker, wenn man, eintretend, im Wohnraum der Erde des Hauses steht, in dem aus alten Bildern und Gemälden, altem Familienporzellan und Familienereignissen die Vergangenheit spricht. Was Freiligrath von dem Leben in Kent gesungen hat, das gilt auch von diesem Räume:

„Wie haben liebe Hände
Freundlich gewaltet hier.
Wie mancher heiteren Spende
Rundum begegnen wir.
Wie schwellend rings die Sessel,
Wie blühend der Kamin,
Wie blinkt und blaut die Kessel,
Wie traut des Herbes Glühn.“

Schon sehe ich, indes das offene Kohlenfeuer fladert und ein wenig bezaubert der siebenundsechzigjährigen Dame, Freiligraths Tochter Louise, gegenüber, indes drei Enkelkinder um sie herum sitzen. Ich habe eine alte, verhärmte und vom Leben und Fall gewordene Frau erwartet und befände mich nun in der heiteren alten Dame gegenüber, die wie aus einem alten Märchen die Hand herausstreckt zu sein scheint, von jener Alters-Schönheit umweht, die den Besucher vom ersten Anblick an in ihren Bann zieht und nicht mehr losläßt, bis sie die Hände — zum allzufrühen Abschied — reicht. In der Nähe gilt von ihr selber, was sie in der von ihr verfaßten Ausgabe Freiligrathscher Briefe von ihrer Mutter, Freiligraths Gattin, geschrieben hat: „Der seine, scharfsinnige Blick auch der achtzigjährigen Greisin, deren Züge Haltung Spuren von der Ammut und Hebeit ihrer Jugend zeigten.“

Es wird Tee gereicht, und ich halte plötzlich eine merkwürdig gezeichnete alte Tasse in Händen, sichtlich aus jener Zeit stammend, dem ein phantastisches China plötzlich Mode geworden war: eine Tasse durch das Temperament eines handfesten deutschen Kunsttöpfers. „Diese Tasse hat Goethe zum Frühstück benutzt“, bezieht die alte Dame den Besucher und lächelt ermutigend, sie seine Bestätigung sieht. Es ist nicht so sehr die Nähe des Genusses, die das Erbrechen verursacht hat als vielmehr der Gedanke, eine gelegte und geliebte Kostbarkeit zwischen den Händen zu haben, deren Sicherheit stets in einem verkehrten Verhältnis zum Werte des Objektes stand, das ihnen anvertraut wurde. Wie atmete er erleichtert auf, als die Tasse Goethes schließlich unterleht auf dem Goethischen Unterteller landete!

Weimar-Erinnerungen der Familie wurden ausgekratzt. Eine alte Verbindung führt von Freiligraths Frau zum Goethekreis, dem Professor Melos, Freiligraths Schwiegermutter, gern gesehen ein. Ein Delbilde, im klassizistischen Stile Weimars, zeigt Freiligraths Gattin als Mädchen — ein Mädchenbildnis von beredender Schönheit. Wie verständlich, daß Goethe die kleine Ida Melos zu seinen Bonbons bevorzugte, „weil sie so hübsch war“, sagt die alte Dame realistisch. Der gute Professor Rintel hat diese Beziehung zu Goethe freilich pathetischer genommen und in seiner letzten Gedächtnisrede auf Freiligrath von ihr gesagt, daß sie „in Goethes Hand geschauert“ und daß auf „ihrem Kindes- und Goethes Hand segnend gerührt.“ Alte Albums werden hergeholt; die Goethezeit Weimars steigt aus dem Album von Ida Melos auf, Goethes eigene Handschrift liegt neben Idas kindlicher Aufzeichnung, daß ihre liebe Kasse gestorben sei; die ganze Literatur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Freiligraths und seiner Frau spätere Albums. Da stehen alle die großen Namen der Literatur jener Zeit, neben den Namen längst Verfallener, und mit Rührung stößt man auf jenes Blatt, in das Freiligrath die Etikette einer Flasche Heidekraut-Schaumwein eingeklebt hat, auf der Rückseite der Dichter Hoffmann von Fallersleben in zitteriger, überwähliger Schrift eingetragen hatte:

Kein Oesterreich, kein Preußen mehr,
Ein einia Deutschland, groß und hehr,
Ein freies Deutschland Gott befehr!

Hoffmann von Fallersleben.
Coblenz, am 17. August 1843
für Freiligrath.

Frau Louise erzählt von Freiligraths Londoner Jahren, in der Kindheit im Sonnenschein des stillen Glüdes des Elternhauses, wie sie diese Jahre bei anderer Gelegenheit in ihrer gütigen Haus ihrer Eltern gezogen ist. Und Herr C. Freiligrath sagt eine Anekdote hinzu, die zeigt, daß auch in England die Kreditwürdigkeit eines Dichters nicht in Selbstverständlichkeiten gehört: Freiligraths waren nach dem Londoner Vorort Hadney gezogen. Nach einem alten, auch heute noch nicht ausgestorbenen Brauche, erkundigten sich die Geschäftswelt bei der Köchin Freiligraths nach seinen Verhältnissen, und dem Besuche. Die Mitteilung, daß Freiligrath ein Dichter sei, löste einige Betrettheit hervorzuweisen. Als jedoch die Köchin hinzufügte, daß Freiligrath „hübsch in die City“ (das heißt in das Geschäftsviertel Londons) gehe, zogen sich Hadneys immer geschäftsbereit und von der Kreditwürdigkeit des neuen Bewohners überzeugt zurück.

„Es dümmerte.“ Das erste Grün eines Strauches leuchtet durch Fenster und die Erden und Buchen frühlingshaft die Säulen in einen Himmel, der in unbeschreiblichem Grün und Blau trüblich leuchtet. Wir verlassen die beschriebene Stelle des Hauses, das — wie Freiligraths Londoner Leben eine friedliche Sonntagsinsel war, dem Londoner Nebel und Londoner Getöse so fern, so fern.

Geon Weimarer (London)

Der Mutter Tagebuch.

Deine Großmutter stand hinter dem Bett; als du zuerst die Augen aufschlugst, rief sie hervor, „Kümm, er lebt!“ Da erwachte mein mütterliches Herz und lebte, sei dem in fortwährender Begleitung bis zu dieser Stunde.

Wie dankbar sind wir Nachgeborenen der jungen Bettina Brentano, die auf den Wunsch des Dichters — seiner Mutter, der „Frau Rat“ ihrer alten Freundin, alle diese kühnen Erinnerungen an Goethes Kinderzeit entließ. Wie wurden sie das Bild, das Goethe uns von seinem wunderbaren Leben, in „Wahrheit und Dichtung“ geschenkt hat. — Ein großes Leben, ein unvergleichliches, und seine Kenntnis bis in alle Einzelheiten, vor allem die seiner bis ins späte Alter geübten Tagebücher mit ihrer schier ungläublichen Fülle verzeichneter Arbeiten ist ein herrlicher Kulturbesitz unseres Volkes.

Über ist nicht im engen Kreise der Familienzusammengehörigkeit auch jedes schätzbare Leben wert, gekannt und verstanden zu werden? Wer hätte nicht schon als gereifter Mensch die losen verstreuten: Über der eigenen Kindheits-erinnerungen zusammenzufügen versucht? Hätte nicht bei älteren Familienmitgliedern gefragt und gelehrt, wie es damals war?

Wir sind so wenig wahrheitsgemäß in unserer kindlichen Zeit. Selten wird die Jugend oder gar ein ganzes Leben im Geburtshause zugebracht, wie es früher so oft, besonders in kleinen Städten, der Fall war. Vermischung mit der heimatischen Scholle, mit der näherlichen Handwerksstätte gehört zu den Ausnahmen. Woher die Geburt noch die enge Wohnung einer Mietskasernen sind imstande, dem Gemütsleben der Kinder Nahrung zu geben. Um so wichtiger ist es, in der Wohnung

Die werdende Mutter.

Von Alfons Bekold.

Ein Lichtlein, von der Liebe angezündet,
In ihrem Leibe auf zur Flamme loht.
Den Sinn des Ewigen hat sie ergründet
Und schaut nun lächelnd über Grab und Tod.

Um ihr geheimes Königtum zu schauen,
Stehn oft die Nachbarinnen vor dem Tor,
Sie hebt sich aus der Fülle dieser grauen
Und müden Menschen wie ein Licht empor.

Wie von den Bäumen, die in Blüte stehen,
Seht eine fromme Sehnsucht von ihr aus,
Und viele Mädchen ihren Kreis begehen
Und kommen seltsam weiser dann nach Haus.

Sie lassen alle Bücher, edle Steine,
Wie traumspinnnen sie im Leben stehn,
Und suchen in der Ferne nur die Eine,
Die einem Wunder darj entgegengehn.

fest, wie beschränkt und düstlich sie auch sein mag, etwas heimlich Anmutendes zu pflegen, Dinge zu haben und dem einzelnen Kinde als persönliches Eigentum zuzubilligen, die Gefühls- und Erinnerungswerte bergen. Vor allem aber müssen solche Verknüpfungen durch das Familienleben selbst, durch die gewissermaßen selbsttätigen Beziehungen, die als Mittelpunkt sich aus dem Alltagsleben herausheben, geknüpft werden.

Wenn zum Beispiel der Geburtstag der Mutter im Hause als ein Familienfest begangen wird — dazu gehört durchaus nicht eine mit Aufwand und Aufwand verbundene Festlichkeit — so wird dieses äußere Merkmal die Stellung der Mutter zu ihrer Freude und zum Besten der Kinder erhöhen. Es ist schon, wenn die Geschwister schon lange vor diesem Tage einmütig miteinander beraten, wie sie ihn befehen und welches Geschenk sie aus den eigenen schwachen Mitteln, ersparten oder verdienten Pfennigen, geben können. Um so schöner, wenn durch solche Ueberlegungen das Bewußtsein dankbarer Verpflichtung verklärt und in liebevollem Verhalten begierig wird. Ebenso soll und will ein jedes Kind wissen, daß es im Familienkreise als eigene Persönlichkeit mit eigenen berechtigten Ansprüchen und besonderen Vorzügen bewertet wird. Ein solches Bewußtsein des Gefannts und Geborgenseins im Schoße der Familie, aus dem ja die „Muttersehnsucht“ jedes Menschen seine Nahrung schöpft, ist weit davon entfernt, die Kinder zur Verzogenheit zu führen. Im Gegenteil werden in dieser Gefühlseinstellung die Anfänge der Selbstlosigkeit, Kameradschaftlichkeit, Menschlichkeit verwurzelt sein.

In traulichen Stunden fragt ein Kind so gern die Mutter, was sie aus den Tagen, die vor seiner Erinnerung liegen, noch wisse. Viele Erinnerungsbilder, die in ein sehr frühes Alter zurückreichen, haben in der Tat nicht ihre so leicht verwischbaren Spuren in den ersten Lebensjahren, sondern prägen sich aus solchen wiederholten Erzählungen wie ein eigenes Erlebnis ein. Die Bereicherung für das Innenleben des Menschen bleibt darum die gleiche. Durch nichts kann ein solcher Erinnerungsschatz besser zusammengetragen und geborgen werden, als durch ein von der Mutter für ihr Kind geführtes Tagebuch. Das ist die Form, die den Eigengehalt, den ein jedes Dasein bergen sollte, bewahren hilft. Kein literarisches Erzeugnis wird da verlangt, nur eine schlichte Niederschrift des Erlebten und Beobachteten, soweit es das Kind betrifft. Die mütterliche Liebe und Freude sind das Gewebe, in das die kleinen die Wahrhaftigkeit schlingen muß. Denn sich wie in einer roten Faden die Wahrhaftigkeit schlingen muß. Denn das Tagebuch soll demaltem für seinen Besitzer und seine zukünftige Familie ein Dokument sein. Bestimmungen zur Wiederholung der solange in Vergessenheit geratenen Familienchroniken sind an vielen Orten rege. Auch die Pflege des Eigenen, sogar in proletarischen Kreisen, wie sie durch gemeinnützige Aktiengesellschaften und den Erbau zum Ausdruck kommen, wirken in gleicher Richtung. Tagebücher sind die Bausteine der Familiengeschichte.

Zuerst werde immer der Stammbaum des Kindes, soweit er bekannt oder durch Nachforschungen feststellbar ist, eingetragen und in dem bekannten Schema des sich verästelnden Baumes eingetragen. Diese auf ein gutes und großes Blatt ausgeführte Zeichnung, vielleicht eine Arbeit, welche die persönliche Anteilnahme des Vaters an dem kleinen Wert erwecken wird, muß natürlich später durch Eintragung der Daten für die jüngeren Geschwister ergänzt werden. Photographien der Eltern, wenn möglich auch solche aus deren eigener Kindheit, jedenfalls das wohl meistens vorhandene der Brautleute oder aus der Geburtszeit des Tagebuches, sollten nicht fehlen. Ein Bild oder eine Zeichnung des Geburtshauses, die Geburtsanzeige, die Glückwunschschreiben der Großeltern und Bekannten können beigelegt werden. Auch würden Angaben über den Geburtsort, Besonderheiten der Landschaft und Lebensweise, Arbeit und Stellung des Vaters, etwaige Familien-eigentümlichkeiten, besondere Bemerkung auf einflussreichen Gebiet oder sogenannte Entartungserscheinungen zur Vervollständigung des Bildes beitragen. Bedeutende Zeitereignisse, festgesetzte Volkshandlungen, zum alle Bemerkungen von geschichtlichen Wert und von Kulturbeziehung sollten nicht fehlen. Wenn die ungeliebte Feder der Frau die im Allgemeinen das Tagebuch führt, zur Niederschrift solcher unvollständigen Berichte nicht ausreicht, so ist vielleicht der Mann oder ein Freund des Hauses ge-

fähigt, den gewünschten Beitrag zu geben, oder man hilft sich, indem man einige Zeitungsausschnitte, wie sie an Verlagen in überblickender Weise veröffentlicht werden, in das Tagebuch einreißt. Wieviel lebendiger werden geschichtliche Tatsachen in Jahrzehnten einem Kinde sein, das Belege für solches Erleben in dem ihm wohlbekannten von der Großmutter geführten Tagebuch des eigenen Vaters kennen gelernt hat!

Diesem Eingang, hinter dem Raum für spätere Eintragungen allgemeiner Natur freigelassen wird, folgt eine genau auszufüllende Gewichts- und Größentabelle des Kindes. In Großstädten bestehen schon seit Jahren die Mütterberatungsstellen, deren regelmäßiger Besuch mit dem Säugling eine jede Frau innehalten sollte, und an kleinen Orten sind die Kreisärztinnen gern bereit, den Müttern, die ihr Interesse an solchen Aufzeichnungen betunden, die nötigen Unterlagen zu geben. Entwicklungsstörungen, wie sie sich in dieser vegetativen Periode ja schon im Aufhören der Gewichtszunahme anzeigen, werden kenntlich gemacht und, wenn möglich, mit der ärztlichen Erklärung versehen. Kenntnis der Kinderkrankheiten kann später einmal wichtig sein. Sobald das Kind der schulärztlichen Kontrolle untersteht, werden ja solche Personalnotizen in sachgemäßer Weise fortgeführt, und es wird sicher dazu kommen, daß solche Schulaufgaben interessierten Eltern zur Einsicht zur Verfügung stehen. Hier ist es besonders wichtig, daß vererbte oder erworbene Krankheiten oder körperliche oder geistige Schwächen nicht beschönigt, sondern wahrheitsgetreu aufgeschrieben werden, es kann dies ja in einer dem Kinde nicht ohne weiteres zugänglichen Anlage geschehen. Zum Beispiel würde eine von einem Elternteil in jüngeren Jahren durchgemachte, wenn auch gänzlich ausgeheilte Tuberkulose für die heranwachsenden Kinder, wenn sie in das gefährliche Alter für die Erkrankung kommen, zu vernünftiger Lebensführung, der Vermeidung des Rauchens, vielleicht einer dieser zweifelhaft erbliden Anlage angepaßten Berufswahl führen. Werden solche Erfahrungen verschwiegen, und im allgemeinen lassen die Menschen unzulässige Einbrüche gern aus dem Gedächtnis und dadurch aus der Ueberlieferung schwinden, sind die Eltern vielleicht aus völlig anderen Krankheitsursachen erst gestorben, so bleiben vermutlich die ersten Anzeichen einer einkehrenden Tuberkulose völlig unbeachtet, und wenn erst der Arzt wegen der schon deutlich zutage tretenden Symptome zu Rate gezogen wird, wäre dann schon die beste Zeit für die Heilung verloren.

Über ganz abgesehen von dieser offensbaren Nutzenwendung persönlicher Niederschriften, die eben doch viel zuverlässiger sind, als die gelegentlich erhaltenen Ueberlieferungen — bedeutet ein solches Tagebuch für das Kind selbst eine Fundgrube der Erinnerung, ein sichtbares Zeichen der elterlichen Liebe, ein Bindeglied für das folgende Geschick. Wenn eine Mutter, erfüllt von ihren heiligen Aufgaben, vielleicht schon vor der Geburt des Kindes dieses Buch zu führen begonnen hat, mit der seltenen Abicht, ihm seine wichtige Einzeichnung vorzuenthalten und eben deshalb ihr Kind um so sorgfältiger beobachtet, so erfüllt das Tagebuch noch außerdem eine erzieherische Wirkung. Eine solche Mutter würde es sich angelegen sein lassen vollständige Schriften über Kindererziehung und Erziehung zu lesen und solche Vorzüge und Mutterkurse zu besuchen. Die Einsicht, daß eine solche Vorbereitung auf den Mut erberuf für die weibliche Jugend das Wichtigste ist, gewinnt an Boden und wird deshalb immer mehr zur Einrichtung von Lehrkursen und Arbeitsgemeinschaften dieser Art in Fortbildungsschulen und Volkshilfsvereinen führen. Da werden die jungen Mütter oder solche ernstgerichtete Mädchen, die es zu werden hoffen, angehalten werden, alle Erscheinungen der natürlichen Entwicklung des Kindes richtig zu beobachten; das anfänglich noch ungeordnete Herumschweifen der Augen, bis das Fixieren eines Gegenstandes eintritt, das Aufrichten des Kopfes und Körpers, das Lächeln, Träumen und Lallen, die ersten Sprechversuche, das Durchbrechen der Zähne, Kriechen, Aufstehen und Gehen, kurz alle Stufen der Bestreben, seines Daseins seien von der Mutter Hand dem kleinen Erbenbürger aufgezeichnet. Photographien aus verschiedenen Altersstufen, eine Kinderode, Bilder von Geschwistern und Freunden mögen das geschriebene Wort veranschaulichen, und nach einigen Jahren kann unser Kind durch Zeichnungen und erste Schreibversuche schon selbst Beiträge zu diesem Sammelwerk liefern. Es ist möglich, daß ein Kind, welches um ein solches von der Mutter geführtes Tagebuch weiß, seinerseits dazu übergeht, sein kindliches Erleben tagebuchartig aufzuzeichnen, was natürlich in einem geordneten Heft und ohne Beeinträchtigung Erwachsener geschehen müßte. Der sprachbildende Wert eines solchen Buches kann dazu beitragen, erzieherische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Ueberhaupt werden Eltern, die durch die Führung des Tagebuches ihre Aufmerksamkeit und Selbsterziehung schulen, bessere und einsichtiger Erzieher ihrer Kinder sein können. Die bisher empfohlenen Eintragungen sollen ja nur das Rahmenwerk bilden, in das durch Festhalten vieler kleiner Züge psychologischer Beobachtungen und die wortgetreue Niederschrift seiner oder drohlicher kindlicher Meuerungen das Lebensbild eingezeichnet werden soll. Ein wichtiges Kapitel in diesem Buche würde dann die Pubertätszeit mit ihren körperlichen und seelischen Besonderheiten sein, ebenso die Frage der Berufswahl. Schließlich würde ein solches Tagebuch das Schönste, weil persönlichste Geschenk der Eltern bei der Heirat ihres Kindes darstellen.

Erziehung des Kleinkindes.

Die meisten Eltern sind sich kaum recht darüber klar, wie viele Momente bei der Erziehung des Kleinkindes von wesentlicher Bedeutung sind. Zunächst ist es wichtig, die Kinder vor geistiger Ueberanstrengung zu schützen. In den ersten Lebensjahren leistet das Kind so erstaunlich viel an körperlicher Ent-wicklung, daß es als Schlaf viel Schlaf braucht. Es ist deshalb immer gesundheitsgefährlich, wenn Eltern aus Bequemlichkeit dem Kinde auch nur eine Viertelstunde seines notwendigen Schlafes rauben. Sobald die Kleinen anfangen zu sprechen, dürfen wir das kindliche Gehirn nicht durch Einprägung von langen Gedichten oder Geschichten überlasten. Vielmehr müssen wir mit Geduld das Kind geistig wach werden und seine Entwicklung ausreifen lassen. Ganz besonders wichtig ist es, Kindern keinen Alkohol zu geben. Einer der nachhaltigsten Erziehungsfaktoren ist ferner das Spiel. Freilich sollten die Eltern auch selber häufiger mit ihren Kindern spielen oder wenigstens dafür sorgen, daß das Kind möglichst oft mit anderen Kindern sich zu einem freien Spiel vereint. Reinlichkeit und Ordnungssinn kann man Kindern am wirksamsten durch das eigene gute Beispiel aneignen. Man kann sich auch in einer ganz kleinen, engen Wohnung sehr wohl fühlen, wenn alles gut in Ordnung und sauber gehalten ist. Die entscheidende Ermahnung ist nur: bald so viel wert, wenn sich nicht zugleich dem Kinde das Vorbild einer kühnen und ordnungsliebenden Mutter einprägt.

Was soll man aber tun, wenn ein Kind eigenmächtig ist? An und für sich zeigt Eigenwillen einen starken Willen an und kann einen sehr wertvollen Menschen bekunden, wenn die Eltern es verstehen, den starken Willen in die rechte Bahn zu lenken. Man muß deshalb früh damit anfangen, das Kind zu lehren, die Grenze seines Willens zu erkennen und seine Energie zu stärken, damit es seinen Willen selber leiten kann. Selbstverständlich darf man sich von keinem Kinde niemals auf einen Ungehorsam erkennen lassen. Man sollte auch ein Kind niemals strafen, weil es läßt, ohne den Zusammenhang zu kennen. Sehr oft ist sich das Kind gar nicht bewußt, die Ungehorsamkeit zu tun. So dient die Erziehung des Kindes zugleich der Selbsterziehung der Eltern, und um anderer zu werden, lernen wir frommer, gerechter, gütiger, natürlicher, ruhiger und lebendiger zu sein.

Katja Müller

Das neue Gewerkschaftsprogramm in der Erwerbslosenfrage.

Von Franz Splieth, Berlin, DGB.

Genosse Splieth, der Sachbearbeiter der Erwerbslosenfrage im DGB, erläutert hier den neuesten Vorschlag der Spitzenverbände der Gewerkschaften, die steigende Erwerbslosenunterstützung statt der bisherigen festen Sätze fordern.

Als Ende Februar der Reichstag nach monatelangen, heißen Debatten im Ausmaß seine Verhandlungen über die Höhe der Erwerbslosenunterstützung abschloß, blieb das Resultat so hart hinter den Forderungen der Gewerkschaften und der SPD-Fraktion zurück, daß beide sofort neue Forderungen und Entwürfe anbrachten. Solche Forderungen liegen nunmehr vor. Am 15. März haben die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften dem Reichsarbeitsministerium Forderungen unterbreitet, die auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Unterstütlungsrechnung und auf Anerkennung eines Unterstütlungsanspruches aller beitragspflichtigen Arbeitslosen hinauslaufen.

Die derzeitige Erwerbslosenfürsorge lehnt an drei Grund- sätzen. Die Unterstütlungssätze sind zu niedrig, ihre Sicherung ist roh und ungerecht und die Unterstütlung ist auf den „bedürftigsten“ Erwerbslosen beschränkt. Die Unter- stütlungshöhe ist seit je heftig umkämpft. Das Unternehmertum, das den Ausbau der deutschen Sozialpolitik bekämpft, weil an- geschuldigt die Sozialabgaben für die deutsche Volkswirtschaft „un- erträglich“ sind, läßt den Ausbau der Erwerbslosenunterstützung besonders. Die Unternehmer wollen die Lokarate senken und die Arbeitszeit steigern. Dabei soll ihm die „Reinername“, die der Hunger an die Fabriktore treibt, Bundesgröße sein. Das Unternehmertum glaubt sich gerade bei der Unterstütlung der Erwerbslosen daran inreiner, daß Unter- stütlung und Lohn des Vollarbeiters sich nicht zu sehr nähern und es weiß im Parlament und in der Regierung sein Interesse durchzusetzen.

Unabhängig der Mährungsstabilisierung Ende 1923 wurden unan- nahnbar niedrige Sätze festgelegt. Je nach Ortsklasse schwankte die Unterstütlung eines erwachsenen Ledigen zwischen 2,94 und 4,68 Mark wöchentlich, für weibliche Erwerbslose zwischen 2— und 3,72 Mark. Entsprechend waren die Familienzuschläge. Durch starken Druck wurden die Sätze wiederholt erhöht. Im Februar 1925 erreichten sie für Erwachsene (über 21 Jahre) wöchentlich 5,50—8,70 Mark für ein Ehepaar 7,50—11,85 Mark für eine Familie mit zwei Kindern 10,40—16,50 Mark. Zugleich wurden männliche und weibliche Erwerbslose gleichgestellt. Der im Herbst einsetzende Kampf um weitere Erhöhung führte e- st nach sehr starkem Druck der Gewerkschaften und im Parlament dazu, daß Mitte Dezember die Unterstütlungssätze im Durchschnitt um 15 v. H. erhöht wurden. Die Sozialdemokratische Fraktion hatte 50 v. H. verlangt. Die damalige geschäftsführende Re- gierung wollte die kommende Regierung nicht weiter binden, und wies weitergehende Forderungen ebenso wie die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung ab. Unter der neuen Re- gierung kam dann der völlig ungenügende Beschluß vom 20. Februar zustande. Die Unterstütlung für Ledige, die allein ohne Familie leben, wurde um 10 Prozent, für solche Ledige unter

21 Jahren um 20 v. H. erhöht, weil diese besonders schlecht ge- stellt waren. Für alle anderen Erwerbslosen trat eine zehn- prozentige Erhöhung erst nach der achten Unterstütlungswoche ein. Die Familienzuschläge wurden nicht erhöht. In den zahl- reichen kleineren Orten, die zur Ortsgruppe D und E gehören, trat überhaupt keine Verbesserung ein. Damit beträgt bisher selbst in Großstädten wie Berlin, Hamburg usw. die Unter- stütlung für einen erwachsenen Ledigen 10,75 Mark, für ein Ehe- paar 14,— Mark, für ein Ehepaar mit zwei jugendberechtigten Kindern 18,70 Mark wöchentlich. Diese Sätze lenken sich für kleinere Orte noch beträchtlich. Ihre Höhe ist nach wie vor völlig ungenügend. Eine Unterstütlung, die für einige kurze Wochen zur Not über eine bald vorübergehende Arbeitslosigkeit hinweg- helfen kann, wird unerträglich, wenn die Erwerbslosigkeit für Millionen ein Dauerzustand wird. Es ist sozialpolitisch un- möglich, diesen Millionen von Menschen lange Monate hindurch nur die absolute Notgrenze ihrer Lebenshaltung zu sichern, aber es ist auch wirtschaftspolitisch im höchsten Grade unklug, denn sie gefährdet die Schaffenskraft großer Teile der deutschen Arbeiter. Die Arbeitskraft ist das kostbare Kapital einer Wirt- schaft. Sie zerfällt oder doch mindertens durch Hunger und Elend herabwertet, heißt die Gesundheit und den künftigen Aufschwung der Wirtschaft selbst verhindern. Gerade der Wirt- schaftspolitiker müßte daher den Schlüssel sehen, daß die Art und Bebingtheit der arbeitsfähigen Wirtschaftskräfte verlangsamt, daß die Opfer des Arbeitsmarktes mit einer so hoch wie irgend möglich gesteigerten Unterstütlung über die Krise hinweggebracht werden müssen.

Der neue Antrag der Gewerkschaften verfolgt dieses Ziel. Heute wird die Unterstütlung ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe des einzelnen festgelegt nach Alter, Familiengröße, Ortsklasse und Wirtschaftsgesetz. Dieses System führt zu argen Ungerechtigkeiten und läßt ihn und wieder teilweise für be- sonders schlecht bezahlte Arbeitergruppen Unterstütlung und Lohn sich stark nähern oder gelegentlich überschneiden. Die Ge- werkschaften fordern daher, daß künftig die Unterstütlung nach dem Lohn gesteuert wird. Wie der Arbeitnehmer seinen Beitrag entsprechend seiner Lohnhöhe entrichtet muß, so soll er auch entsprechend seine Unterstütlung erhalten, wobei für unterhaltungsbedürftige Familienglieder ein prozentualer Zuschlag erfolgen soll.

Dieses System ist auch im Regierungsentwurf einer Ar- beitslosenversicherung vorgesehen. Die Gewerkschaften fordern, daß es sofort eingeführt wird, da die Verabschiedung der Arbeits- losenversicherung in den nächsten Monaten nicht zu erwarten ist. Zugleich fordern die Gewerkschaften, daß die Prüfung der „Bedürftigkeit“ endlich beseitigt wird. Diese hat immer wieder zu den größten Ungerechtigkeiten geführt und zahllose, tatsächliche bedürftige Erwerbslose von der Unterstütlung ausgeschlossen. Es ist daher notwendig, daß aus der Beitragspflicht ein klarer Rechtsanspruch auf Unterstütlung folgt.

Mit diesen neuen Forderungen ist der Kampf um die Erwerbslosenunterstützung erneut aufgenommen. Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob die Regierung und Reichstag geneigt sind, die gerechten Ansprüche der Erwerbslosen zu erfüllen.

Der Monatsheft der russischen gewerkschaftlichen Bewegung heißt „Der Trud“ vom 11. Februar berichtet über Rede Sawins, des Vorsitzers des Zentralkomitees der Arbeiter, die in dieser Sitzung gehalten wurde, folgendes: „Der Arbeiter wies auf den Angriff der Wirt- schaftlichen Organe auf den Arbeitstag hin. Dieser Angriff ist in der Bauindustrie, insbesondere in Leningrad, wo die Gemeindefürsorge der Arbeiter ausgegeben ist, ein- stündigen Arbeitstag für die Bauarbeiter festzusetzen, wie es im Beschlusse heißt, die Überstunden nicht in an- derer Höhe (wie es das Gesetz fordert, D. Red.), son- dern gewöhnlichen Tarif bezahlt werden.“ Hier ist schon der Vorwand der Saisonarbeit gelassen worden: die Bauarbeiter werden einfach laut von oben des Achtstundentages beraubt.

Nationalitätenhader und Gewerkschaftstampf.

Verfuchte Unterdrückung einer deutschen Gewerkschaft in der Aufhebung der Habsburgischen Monarchie. Bei der Auflösung der Habsburgischen Monarchie in seine Nationalstaaten bildeten die Ortsgruppen des Reichs- banke und Spar-Kassenbeamten (Wien), der bekannte Bankangestellten der Großbanken zu fast 100 Prozent arg- hat, einen deutschsprachigen Verband der Bank- und Spar- beamten in der tschechoslowakischen Republik mit dem Na- men „Bankangestellte der Großbanken“. Daneben bestand seit Jahren ein nationalität- loser Verband der Sdruzeni penzije urednictwa, der alles war, nur keine Gewerkschaft. Beide Organisationen seit 1921 mit dem Bankangestelltenverband gemeinsame Ver- einbündnisse. Im Jahre 1921 trat der tschechoslowakische Verband in einen Streik um die Dienstver- hältnisse der deutschsprachigen Bankangestellten. Die tschechoslowakische Regierung trat der deutschen Gewerkschaften die Aktion des Sdruzeni in den Solidaritätsstreik. Der Verlauf dieser Aktion ist bekannt, ihr Ergebnis war ein- schlichter Dienstvertrag, auch für die Kollegen d- Jung. Neben dieser Dienstvertragsaktion, einer Art Man- ower wurden bisher jährlich ebenfalls einseitig von beiden Na- tionen Kollektivverträge über Gehälter, Arbeitszeit, Ferien usw. abgeschlossen. Auch für 1926 waren die tschechoslowakische und die deutsche Organisation in die Verhand- lung um den neuen Kollektivvertrag mit einem fest vereinbarte- n Gehalt eingetreten. Die hauptsächlichste Forderung war Einkommen einigermassen zu stabilisieren und eine An- erkennung der Friedensgehälter beizubehalten. Der nationalität- loser Verband hielt sich nicht an das fest vereinbarte Pro- gram, sondern vereinbarte selbständig mit dem Bankangestellten Kollektivvertrag, der keineswegs den Beginn einer Stabili- sierung der Gehälter bedeutet und sogar eine schlechtere Regelung sieht, als der äußersten Minimallinie entprochen hätte, die Organisationen verabredet hatten. Der deutsche Verband deshalb diesen Kollektivvertrag nicht annehmen. Er wurde der Vertrag von dem Bankangestelltenverband mit dem Na- mens aller Institute abgeschlossen, darunter auch jener Banken, die ausschließlich oder in ihrer weit aus- wiegenden Mehrheit deutschsprachige Angestellte haben, die deutschen Verbände organisiert sind. Die bei der Prager A- ktion auf Grund der Dienstvertragsaktion bestehenden Personalkom- missionen haben sich dem Protest der Leitung des deutschen Verbandes geschlossen und betrachten sich als im vertraglosen Zustand befindlich. Die einschlägige Abwehraktion des deutschen Ver- bandes, die noch nicht beendet ist, hatte bereits den Erfolg, die deutschsprachigen Bankangestellten ihre Vorteile (höhere Zu- schüsse) zu behalten, die in dem Sdruzeni-Vertrag nicht ent- hielten, trotzdem sie im Jahre 1925 beschlossen wurden. Was die Schädigung der deutschsprachigen Angestellten liegt also im vertraglosen Zustand bisher nicht vor.

Das Verhalten des nationalitätlosigen Bankangestellten- verbandes steht in einem bestimmten Gegensatz zu dem Verhalten des deutschen Verbandes anlässlich des Streiks der Bankangestellten im Jahre 1921. Die tschechoslowakische Organi- sation hat den Zeitpunkt gekommen, nationalitätliche Instanz- stärke ihrer Macht verwenden zu können, unbekümmert um die dabei die Interessen der überwiegenden Mehrheit der angestellten in der tschechoslowakischen Republik mit sich- zusetzen werden. Vom Bankangestelltenverband kann man es sehr verstehen, daß er diese nationalitätlichen Instanz- stärke für seinen Zweck dienstbar macht. Der mit Energie einget- retene Abwehraktion des deutschen Verbandes wünschten wir Erfolg.

Wie man die Notlage der Arbeiter ausnutzt. Das Schicksal der Glasarbeiter in Tschechien.

Uns wird geschrieben: Unter dem 16. Januar 1926 wurde der Arbeiterschaft in Tschechien durch eine Bekanntmachung der Sozialdemokratischen Partei ein Tarifvertrag angebotet. Jeder Arbeiter, der sich damit nicht einverstanden erklärte, wurde am Sonntag, den 23. Januar, entlassen. Dar- auf hat die Firma dann die übrige Arbeiterschaft durch Lohn- und Unterstütlung veranlaßt, sich mit dem niedrigen Lohn- verstand zu erklären. Die weiblichen Beschäftigten, welche sehr wenig ihrer Berufsorganisation angeschlossen haben, auf das Verlangen eingegangen und haben die Unterschrift- leistung, weil sie fürchteten, sonst auch die Arbeit zu ver- loren. Die Firma hat am 25. Januar trotz bestehenden Tarifver- trages die Löhne gekürzt. Einige Wochen darauf sind dann trotz- dem geseitigten Unterschriften weitere Arbeitskräfte entlassen worden. Obwohl die Firma laut Veröffentlichung in den „Bres- lauer Nachrichten“ vom 16. März 1926 erklärt, daß die Arbeitskräfte wegen Mangel an Aufträgen entlassen wer- den müßten, hat man diesen Leuten auf die Entlassungsbescheide einen Vermerk gemacht, daß sie für die vereinbarte Löhne nicht arbeiten wollten. Die Folge davon ist, daß bisher diesen weiblichen Arbeitnehmern die Erwerbs- fürsorge teilweise noch nicht gewährt wurde. Nach dieser Re- gelung dürfte wohl in der nächsten Zeit zu erwarten sein, daß noch nicht bezahlte Erwerbslosenfürsorge nachgeholt wird. Was geht aber weiter vor? Die Firma hat unter dem 22. Januar die Betriebsstilllegung angezeigt und die vorgeschrie- bene Sperrfrist läuft am 22. März 1926 ab. Weiter wird un- geklärt, was unter den noch Beschäftigten Listen der Fir- ma befinden sollen, welche die Arbeiterschaft unterzeichnen und be- zuzahlen sollen, daß sie mit dem niedrigeren Lohn einverstanden sind und dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglied nicht angehören. Wir werden die Firma über Artikel 159 der Reichsverfassung belehren!

Die Unternehmer im tschechischen Baugewerbe wollen die Löhne senken.

Auch die Unternehmer im Baugewerbe wollen das V- lude beitragen, daß das Volk noch konsumschwächer gemacht als es schon ist. Bei der Verhandlung am 18. März beantragten sie, bestehende Lohn der Maurer und Zimmerer um 10 v. H. zu senken, denjenigen der Bauhilfsarbeiter um 15 v. H. ohne Zweifel ist diese Zustimmung der Unternehmer eine g- rößere Verantwortungslosigkeit, weil sie dadurch die erforderliche A- rbeitskraft für den kommenden Baujahr gefährden. Die Vertreter der Arbeiter sollten diese Zustimmung ablehnen, die Unternehmer wer- den diese Angelegenheit am Zentralratsgericht in der nächsten W- oche in Berlin entscheiden lassen.

Die arbeiterfreundlichen Mütter werden am Abend ge-

Verbandstag der Landarbeiter.

In den weiteren Verhandlungen hielt das Vorstandsmitglied Bernier ein Referat über das Thema: „Lohn- und Tarif- bewegung in der Land- und Forstwirtschaft, sowie im Weinbau“.

Der Redner führte etwa aus: Es sei eine alte Erfahrung, daß alles, was über das Maß der natürlichen Entwicklung hinausgeht, allmählich wieder zurück- kehrt. Genau so verhalte es sich mit den Landarbeiter- verhältnissen in Deutschland. Manches von dem, was nach der Revolution erreicht wurde, ist inzwischen wieder verloren gegangen. Die Landarbeiter waren nicht imstande, das damals Erreichte zu halten. Das sei auch erklärlich. Die Regelung des Arbeitsver- hältnisses durch den Tarifvertrag gab es früher in der Landwirt- schaft nicht. Die mangelnde gewerkschaftliche Schulung der Land- arbeiter trug ein Uebrigtes bei.

Das Bestreben der landwirtschaftlichen Arbeitgeber sei in den letzten Jahren darauf eingestellt gewesen, alle einigermassen guten Tarifverträge zu zerschlagen. Am liebsten wäre man nun den Tarifverträgen überhaupt losgekommen. Das sei nicht zu schaffen gewesen, weil der Tarifgebende heute Allgemeinut der deutschen Landarbeiter ist.

Der Versuch der Arbeitgeber, Tarifverträge zu vereinbaren, sei nichts anderes als der Versuch, wieder zu den Einzelverträgen zurück- zukehren.

In dem Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeits- verhältnisse stehe der Verband allein. Der Zentralverband der Landarbeiter sei in den letzten Jahren immer mehr eine Hilfs- truppe der landwirtschaftlichen Arbeitgeber geworden. Besonders in Preußen und Westfalen seien schlagende Beispiele.

Auch die Kommunisten haben ihr redlich Teil dazu bei- getragen, die Landarbeiter zu schädigen.

Auch die Haltung der staatlichen Stellen zu den Lohn- bewegungen in der Landwirtschaft sei außerordentlich bemerkens- wert. Sehr oft sei allzu deutlich zu merken gewesen, daß die Sympathie mehr auf Seiten der landwirtschaftlichen Unternehmer, als auf Seiten der Landarbeiter stand. Die Landarbeiter haben deshalb sehr wenig Vertrauen zu den Behörden, ganz besonders zum Reichsarbeitsministerium. In den Eingaben an die Behörden tun die Arbeitgeber immer so, als wenn für sie nur die Interessen der Allgemeinheit maßgebend seien. In Wirklichkeit stehe lediglich die Absicht dahinter, den Deutschen Landarbeiter-Verband zu schädigen. Die Organisation werde nicht zucken, dieses Gebahren der landwirtschaftlichen Unternehmer bei allen Gelegenheiten mit der notwendigen Schärfe zu kennzeichnen.

Nach diesen Darlegungen trat der Verbandstag in eine aus- gedehnte Debatte ein.

Brandenburg-Regdeburg spricht über die Behandlung von Land- und Forstwirtschaftern im Preussischen Landtag. In dieser Beziehung sei wichtige Arbeit geleistet worden. Interessant ist die Haltung der Kommunisten im Parlament. Sie stellen wohl den Antrag, die Landarbeiterorganisation abzubauen, vergangen aber, zu erklären, was an Stelle der Landarbeiterorganisation treten solle.

Wittowski-Gau Königsberg betont, daß dann, wenn die Wünsche der ostpreussischen Landarbeiter weiter unberücksichtigt bleiben, man sich nicht wundern dürfe, wenn der angeblich humane Diktator auch einmal aus sich herausgehe.

Frau Zell-Gau Regdeburg stellt fest, daß die schlecht- bezahlteste Kategorie in der Landwirtschaft die der Land- arbeiterinnen ist. Die Frau steht nicht mittelmäßig, das es anders werde.

Schneider-Gau Oppenheim wünschte, daß es endlich einmal dazu komme, daß die Schweizergruppe mit den Land- arbeiterinnen ein Ziel verfolge.

Lange-Gau Kiel erklärte, daß die Landarbeiter neben dem Reichsarbeitsministerium auch zu den Schlichtern ein rechtiges Wort zu sagen haben.

Gräber-Gau Dresden stellte fest, daß dann, wenn es gelänge, die ausländischen Wanderarbeiter für die Organisation zu gewinnen, die Arbeitgeber keinen Vorteil mehr von der Be- schäftigung dieser Arbeiter haben werden.

In Punkt 5 der Tagesordnung: Frauen, Jugend- licher- und Kinderarbeit in Verbindung mit der Arbeit in der Landwirtschaft, sprach der Vorsitzende des Verbands, Kwasnik.

Durch die Sonderrechnung der Reichsregierung vom 15. November 1925 sind 1.700.000 landwirtschaftliche tätige Ge- hälter festgestellt worden. Im Jahre 1922 ist durch eine Umfrage des Reichs- landesverbandes erlangt die Frage der Kinderarbeit in der Land- wirtschaft aufgestellt worden. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die

der Landwirtschaft vorzulegen, der die gleichen Mindestforderungen enthält, soweit solche bereits durch das Gesetz, betreffend Kinder- arbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 aufgenommen sind. Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei wird auf das nachdrücklichste durch den Deutschen Landarbeiter-Verband unter- stützt. Der Betriebschutz für Kinder und Jugendliche muß viel weiter ausgebaut werden. Die jetzt bestehenden Unfallverhütungs- vorrichtungen genügen nicht mehr. In einigen Bezirken sind solche für Jugendliche in der Landwirtschaft noch gar nicht vorhanden. Soweit dies der Fall ist, in Schlesien, Ostpreußen und im Rhein- land, jedoch nur bis zur Altersgrenze von 16 Jahren. Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat aus eigener Kraft einen Tarif- vertrag durchgeführt. In den Tarifverträgen ist das Lohn- verhältnis der Jugendlichen von 14 Jahren ab überall geregelt. Gefordert werden muß die Abschaffung des Hofgängerweleus.

Ueber den Umfang der Frauenarbeit in der Landwirtschaft liegen leider nur unzulängliche Statistiken vor. Nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 kann jedoch gesagt werden, daß 48 Prozent aller überhaupt in Deutschland be- schäftigten Frauen in der Landwirtschaft tätig sind. Die vorläufige Landarbeitsordnung enthält einen sehr geringen Frauenschutz. Sonstige Schutzbestimmungen bestehen für die Frauen in der Landwirtschaft nicht. Vollständig fehlt besonders jede Schutzbestimmung für Schwangere. Es fehlen auch besondere Vorschriften in der Unfallverhütung. Auch für die Frauen hat der Deutsche Landarbeiter-Verband einen Lohnschutz in den Tarif- verträgen vorgenommen. Unser Ziel muß sein: Die Frau darf nicht durch Frauenspezifische Bestimmungen zur Arbeit veranlaßt werden.

Die Ausbeutung bei Kindern, Jugendlichen und Frauen ist einer der Hauptgründe für die Flucht aus der Landwirtschaft. Soll diese verhindert werden, und der Landarbeiter-Verband hat ein starkes Interesse daran, daß dies verhindert wird, weil durch die Landflucht nicht nur die bestqualifiziertesten Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abwandern, sondern auch die besten Mitglieder seiner Organisation, so muß alles getan werden, um das Leben des Landarbeiters erträglich zu machen.

Der Achtstundentag der russischen Bauarbeiter.

Eine Erklärung des Volkskommissars für Arbeit.

Auf dem vor kurzen abge- schlossenen Kongreß der russischen Bauarbeiter hat der Volkskommissar für Arbeit, Schmidt, einen Bericht gehalten, in dem er sich gegen den Achtstundentag für einen Teil der Bauarbeiter ausgesprochen hat. Dieser Vortrag hat einen so peinlichen Eindruck erzeugt, daß sich der Volks- kommissar Schmidt genötigt sah, einige Tage später ein Schreiben an den Kongreß zu richten, in dem er folgendes ausführte:

Nach den mir zugegangenen Informationen ist bei einem Teil der Kongreßdelegierten der Eindruck entstanden, daß ich in meiner Begrüßungssprache, in der ich auf die Regelung der Arbeitsbedingungen bei Saisonarbeiten einging, angeblich dafür eintrat, daß der Achtstundentag in der Bau- industrie ausgehoben werde.

Ich muß mit aller Entschiedenheit erklären und nochmals unterstreichen, daß der Achtstundentag eine unauferlegliche Grundforderung der Arbeiterklasse, darunter auch der Bau- arbeiter ist, und daß ich bei meinen Darlegungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen bei Saisonarbeiten und die eventuelle Verlängerung des Arbeitstages hauptsächlich kurz- zeitige Arbeiten im Auge hatte, bei denen vorzugsweise die dauerliche Arbeitskraft ausgenutzt werden wird und bei denen in Anbetracht der kurzen Dauer der Saison die Arbeiten einen längeren Arbeitstag erforderlich machen.

Aber auch unter diesen Umständen muß der längere Arbeitstag vom Achtstundentag ausgehen und durch eine ent- sprechende Erhöhung des Lohnes kompensiert werden.“ („Trud“ vom 6. Februar.)

Demnach soll nach der Erklärung des Volkskommissars Schmidt der Achtstundentag für einen bedeutenden Teil der Bau- arbeiter aufgehoben werden. Der letzte bemerkenswerte Satz der Erklärung soll bedeuten, daß der Lohn der Arbeiter, die mehr als acht Stunden arbeiten, entsprechend erhöht wird, und zwar ausgehend vom Tariflohn (der in Rußland als Monatslohn festgelegt wird), als von einem Satz für einen Achtstundentag. Durch diesen schamhaften Versuch, das Attentat auf den Ach- tstundentag zu beschönigen, wird der gewöhnliche Charakter der Erklärung des Leiters der russischen Sozialpolitik noch härter unterstrichen.

Daß man in diesem Zusammenhang den Achtstundentag der Bauarbeiter bereits zur Tat übergegangen sei, wurde schon in

Abgang der englischen Arbeitslosigkeit. Am 1. April betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1.107.100, im März 1926 weniger als in der Vorwoche und 128.518 weniger als im Vorjahr.